

Linksextremismus

3. Linksextremismus

3.1	Mitglieder-Potenzial	132
3.2	Einführung	133
3.3	Aktuelle Entwicklungen im Linksextremismus.....	134
3.4	Autonome/Postautonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	139
3.5	Anarchisten	175

3.1 Mitglieder-Potenzial⁵²

Linksextremismus-Potenzial Bundesrepublik Deutschland ⁵³	2020	
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	25.800	
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten ⁵⁴ sowie Anarchisten ⁵⁵	9.600	
Summe	35.400	
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	34.300	
Davon gewaltorientierte Linksextremisten	9.600	
Linksextremismus-Potenzial Niedersachsen ⁵⁶	2020	2021
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	430	425
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten sowie Anarchisten ⁵⁷	790	800
Summe	1.220	1.225

52 Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

53 Die Zahlen des Berichtsjahres des Mitglieder-Potenzials für die Bundesrepublik Deutschland lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Daher werden nur die Zahlen des Vorjahres genannt.

54 In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Linksextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind. Erfasst sind nur Gruppen, die feste Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Das Mobilisierungspotenzial der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere tausend Personen.

55 Das Mitglieder-Potenzial umfasste auch bisher schon die Anarchisten, ohne diese ausdrücklich zu nennen.

56 Die für den Bund eingefügte Fußnote gilt entsprechend auch für Niedersachsen. Auf den Abzug von Mehrfachmitgliedschaften in Höhe von circa zwei Prozent wie beim Bund ist verzichtet worden.

57 Das Mitglieder-Potenzial umfasste auch bisher schon die Anarchisten, ohne diese ausdrücklich zu nennen.

3.2 Einführung

Für die Ideologie des deutschen Linksextremismus sind die beiden ideengeschichtlichen Grundströmungen des 19. Jahrhunderts, Marxismus und Anarchismus, von fundamentaler Bedeutung. Linksextremisten greifen die in der amerikanischen Menschenrechtserklärung von 1776 und die in der Französischen Revolution von 1789 proklamierten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und wollen den demokratischen Rechtsstaat z. T. auch auf revolutionärem und gewaltsamem Wege überwinden, um ihn durch eine klassenlose bzw. herrschaftsfreie Gesellschaft zu ersetzen.

Kommunistische Gruppierungen wollen das bestehende politische System zerschlagen und streben über die Errichtung einer Diktatur des Proletariats unter Führung einer „proletarischen Avantgarde“ das Absterben des Staates und seine Ersetzung durch eine klassenlose Gesellschaft an. Marxistisch-Leninistische Organisationen wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), aber auch die extremistischen Teile der Partei „DIE LINKE“ halten daher an der Idee einer Revolution der Arbeiterklasse fest. Demgegenüber propagieren anarchistische Gruppierungen die Überwindung des bestehenden politischen Systems auf dem Wege massenhaften zivilen Ungehorsams⁵⁸ und „vorbildhafter“ Selbstorganisation. Da Anarchisten generell den Staat, seine Institutionen und Repräsentanten ablehnen, streben sie unmittelbar nach einer erfolgreichen Revolution eine herrschaftsfreie Gesellschaft an. Linksextremistische Organisationen stimmen in der Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung der bestehenden Verhältnisse überein, die das internationale Zusammenwirken aller revolutionären Kräfte erfordert (Internationalismus). Kommunismus und Anarchismus unterscheiden sich in der Bewertung der Freiheitsrechte. Überdeckt der übersteigerte Gleichheitsbegriff kommunistisch ausgerichteter Organisationen die individuellen Freiheitsrechte, lehnen anarchistische Gruppierungen staatliche Organisationen, Machtstrukturen und Hierarchien generell ab. Beide orientieren sich an der Utopie einer klassen- bzw. herr-



⁵⁸ Ziviler Ungehorsam ist insbesondere bei den „gewaltfreien“ Anarchisten der Verstoß gegen ein Gesetz aus Gewissensgründen; dabei wird bewusst in Kauf genommen, dafür bestraft zu werden.

schaftsfreien Ordnung, d. h. an dem Ideal von der vollkommenen Befreiung des Menschen von allen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, religiösen und kulturellen Zwängen. Anarchisten, die in ihrem konkreten politischen Handeln diesen utopischen Entwurf vorzuleben versuchen, verneinen auf Machtstrukturen beruhende Zwischenstadien zur Realisierung dieser klassenlosen Gesellschaft wie die von Kommunisten angestrebte Diktatur des Proletariats. Das westliche Gesellschaftsmodell, d. h. die soziale Marktwirtschaft sowie der demokratische Rechtsstaat und die ihn repräsentierenden Mächte, allen voran die USA und ihre Verbündeten sowie westlich geprägte Bündnissysteme wie die NATO und die Europäische Union (EU), stehen für den Gegenentwurf zum ideologischen Weltbild der Linksextremisten und sind so eines ihrer zentralen Feindbilder. Die linksextremistische Kritik konzentriert sich vor allem auf die (internationalen) Großkonzerne, die NATO und ihre Führungsmacht, die USA. Die Verantwortung für internationale Konflikte und Krisen verorten sie im Westen. Die wechselweise als kapitalistisch oder neoliberal bezeichnete westliche Wirtschaftsordnung wird grundsätzlich als Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgelehnt. Linksextremisten wollen dem ihrer Meinung nach „entfesselten Kapitalismus“ Einhalt gebieten und fordern, wie z. B. die „Interventionistische Linke“ (IL) auf ihrer Internetseite, „Make capitalism history!“.

3.3 Aktuelle Entwicklungen im Linksextremismus

Die Entwicklung des Linksextremismus wurde auch im Berichtsjahr 2021 von der autonomen Szene bestimmt. Als Reaktion auf die bereits seit den 1990er Jahren zunehmende interne Kritik an der Theorieferne, der Unorganisiertheit und der Selbstbezogenheit der autonomen Bewegung sind Teile von ihnen weiter bestrebt, der Ideologie-, Organisations- und Bündnisfrage mehr Raum zu geben. Vor diesem Hintergrund sind in den letzten Jahren bundesweit verschiedene sich als postautonom verstehende Bündnisse entstanden.

Um an das demokratische Spektrum anschlussfähig zu sein, greifen „Autonome“, insbesondere „Postautonome“, Themen auf, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind und viele Menschen zum zivilgesellschaftlichen Engagement herausfordern. Dabei wännen sie sich im Einklang mit der Mehrheitsgesellschaft. Insofern ist der nunmehr auch im Rechtsextremismus konstatierte Prozess einer Entgrenzung für den Linksextremismus schon lange Realität. Im Gegensatz zum demokratischen Protest, der frei ist von systemüberwindenden Forderungen, basiert der linksextremistische auf ideologischen Grundannahmen, für die eine prinzipielle Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik und seiner Wirtschaftsordnung kennzeichnend ist. Linksextremisten dienen Themen wie „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antigentrifizierung“, „Antimilitarismus“ „Antirassismus“ oder der Einsatz für den Klimaschutz daher vor allem als Plattform für ihr eigentliches Ziel, den Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat. Auch niedersächsische Linksextremisten sind in diesen Themenfeldern aktiv, wobei der „Kampf gegen den Faschismus“ und derjenige gegen den „Kapitalismus“ für sie im Vordergrund steht, denn erst wenn der Kapitalismus als „Wurzel allen Übels“ überwunden ist, lassen sich ihrer Auffassung nach alle anderen gesellschaftlichen Probleme lösen.

Die Corona-Pandemie und das damit einhergehende Herunterfahren allen gesellschaftlichen Lebens hat insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2021 in einem bislang noch nicht dagewesenen Ausmaß das öffentliche Leben in der Bundesrepublik und somit auch das in Niedersachsen zum Erliegen gebracht. So wurden wie zu Beginn der Pandemie im Jahr 2020 auch im Jahr 2021 Kontaktbeschränkungen eingeführt und Demonstrationen weitgehend untersagt. Die maßgeblichen Autonomen Zentren in Niedersachsen waren seitdem geschlossen. Veranstaltungen und regelmäßige Treffen der autonomen Szene konnten deshalb nicht mehr stattfinden. Dadurch fehlten der autonomen Szene insbesondere die Möglichkeiten, um öffentlichkeitswirksam auf sich und ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Zwar beteiligten sich auch Linksextremisten an den Protestaktionen gegen Veranstaltungen von Corona-Leugnern, die Kontaktbeschränkungen führten aber dazu, dass sich die autonome Szene weitgehend auf den Austausch über Soziale Medien, Messen-

ger-Dienste und andere Kommunikationsplattformen beschränkte. Mit der schrittweisen Aufhebung der coronabedingten Einschränkungen öffneten einzelne Autonome Zentren wieder, Treffen sowie Veranstaltungen konnten wieder eingeschränkt durchgeführt werden. Insgesamt wurden die staatlichen Maßnahmen zur Eingrenzung der Pandemie von der linksextremistischen Szene Niedersachsens grundsätzlich als „derzeit legitimiert“ anerkannt, jedoch mit der Warnung vor einer Ausweitung und Verschärfung von repressiven Maßnahmen des Staates wie einer unbegrenzten Verlängerung der bisher angeordneten Maßnahmen, einer Aufweichung von Grundrechten oder einer Ausweitung der Überwachung verbunden.

Das herausragende Ereignis im zurückliegenden Jahr stellten die in der Nacht vom 08. auf den 09.01.2021 verübten Brandanschläge auf die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) an den Standorten in Braunschweig und Hannover-Langenhagen dar. Aus Protest gegen vermeintlich institutionalisierten Rassismus setzten unbekannte Täter in Braunschweig zehn Kleinbusse und einen Anhänger in Brand. Noch in derselben Nacht scheiterte ein Brandanschlag am Standort der LAB NI in Hannover-Langenhagen.

Die linksextremistisch motivierten Übergriffe auf Rechtsextremisten bzw. diejenigen, die Linksextremisten dafür halten, bildeten auch 2021 einen Schwerpunkt der linksextremistischen Aktivitäten. Vor allem die Stadt Braunschweig rückte dabei zunehmend in den Blickpunkt. Dort gab es immer wieder konfrontative Gewaltaktionen zwischen Rechts- und Linksextremisten. So griffen z. B. am 20.06.2021 etwa 20 Personen des linksextremistischen Spektrums zwei Personen aus der rechtsextremistischen Szene mit Pfefferspray und Teleskopschlagstöcken an. Auch die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), vor allem ihre Parteitage, deren Durchführung auch Linksextremisten immer wieder zu verhindern versuchten, blieben weiterhin im Fokus der linksextremistischen Szene.

Diese Ereignisse unterstreichen in der Gesamtschau, dass die Hemmschwelle von Linksextremisten zur Anwendung von Gewalt – auch gegenüber Menschen – weiterhin niedrig ist. Darüber hinaus thematisiert die autonome Szene weiterhin die Klimaschutzproblema-

tik und versucht, an die nichtextremistische Klimaschutzbewegung anschlussfähig zu werden. Beispielhaft sei hier nur die „Fridays for Future“-Bewegung (FFF) genannt.⁵⁹

Im Bereich des parteigebundenen Linksextremismus setzte sich die zunehmende politische Bedeutungslosigkeit der orthodox marxistisch-leninistisch ausgerichteten Parteien „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) auch 2021 fort. So erreichte die DKP bei den niedersächsischen Kommunalwahlen vom 12.09.2021 gerade einmal 1100 Stimmen und kam damit auf 0,0 Prozent des Stimmenanteils. Zur Wahl zum Deutschen Bundestag am 26.09.2021 trat sie in elf Bundesländern mit Landeslisten und Direktkandidaten an, darunter auch in Niedersachsen mit 14 Kandidatinnen und Kandidaten. Dabei erzielte sie 15.158 Stimmen und somit insgesamt 0,0 Prozent der Zweitstimmen. Während die MLPD bei den niedersächsischen Kommunalwahlen erst gar nicht angetreten war, erzielte sie bei der Bundestagswahl mit der „Internationalistischen Liste/MLPD“ 17.994 Stimmen und damit 0,0 Prozent der Zweitstimmen. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 musste die MLPD deutliche Stimmenverluste hinnehmen, während die DKP bei den Zweitstimmen leichte Gewinne erzielen konnte. Neben kontinuierlich schwachen Wahlergebnissen von deutlich unter einem Prozent leiden beide Parteien seit Jahren unter einer massiven Überalterung ihrer Mitglieder. Zudem stagnieren die Mitgliederzahlen beider Parteien seit Jahren auf niedrigem Niveau. Sowohl die DKP als auch die MLPD sind in der niedersächsischen Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar und spielen für die Beurteilung des linksextremistischen Gesamtpotenzials nur eine untergeordnete Rolle.

Die zwei offen extremistischen Zusammenschlüsse in der Partei „DIE LINKE.“, die „Kommunistische Plattform“ (KPF) und die „Antikapitalistische Linke“ (AKL), streben nach wie vor, wenn auch in unterschiedlicher Ausführung und Intensität, die Überwindung der bestehenden politischen Ordnung der Bundesrepublik an und wollen diese durch ein sozialistisches bzw. kommunistisches System erset-

⁵⁹ Siehe im Einzelnen Kapitel 3.4, Abschnitt „Klimaschutz“.

zen. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchen sie Einfluss auf das politische Profil der Partei „DIE LINKE.“ und deren inhaltliche Ausrichtung zu nehmen. So beteiligen sich ihre Mitglieder beispielsweise mit eigenen Delegierten an den Parteitagen der Partei „DIE LINKE.“ und bringen sich dort mit eigenen Anträgen ein. Diese Vorgehensweise dient ihnen dazu, die Deutungshoheit bei bestimmten Themen, wie beispielsweise den Umgang mit der SED-Diktatur, zu erlangen. Aus diesem Grunde geht der Niedersächsische Verfassungsschutz davon aus, dass die beiden extremistischen Zusammenschlüsse der Partei „DIE LINKE.“ auch 2022 versuchen werden, Einfluss auf ihre Partei in Niedersachsen auszuüben.

Ausblick

Vor dem Hintergrund des Auftretens rechtspopulistischer Parteien und rechtsextremistischer Gruppierungen wird der „Antifaschismus“ auch 2022 im Mittelpunkt linksextremistischer Aktivitäten in Niedersachsen stehen. Vor allem die am 09.10.2022 stattfindende Wahl zum 19. Niedersächsischen Landtag könnte vor diesem Hintergrund in den Blickpunkt von Linksextremisten geraten und zu einer verstärkten Auseinandersetzung zwischen Linksextremisten und der AfD führen.

Setzt sich die Wohnraumgestaltung so massiv wie bisher fort und bleibt die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiterhin so überhitzt und angespannt wie in den letzten Jahren, so muss auch künftig mit Übergriffen auf Immobilienunternehmen und ihre Mitarbeiter gerechnet werden. Vor allem die Übernahme des Immobilienunternehmens „Deutsche Wohnen“ durch den Wohnungsbaukonzern „Vonovia“ könnte die Spannungen weiter verschärfen, nimmt doch durch das dadurch entstehende größte private Immobilienunternehmen Europas die Konzentration auf dem Wohnungsmarkt weiter zu. Gelingt es der Klimaschutzbewegung, die Menschen auch künftig bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu mobilisieren, so gehen wir davon aus, dass auch die linksextremistische Szene weiterhin den Anschluss an diese Bewegung suchen wird, um sie für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Die Durchführung des G7-Gipfels in Deutschland 2022 könnte zudem vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm und dem G20-Gipfel 2017

in Hamburg auch in Niedersachsen mobilisierend wirken. Ähnliches könnte auch für die Militärübung „DEFENDER-Europe 2022“ gelten, in deren Verlauf die USA die Verlegung eines Kampfverbandes nach Europa bzw. innerhalb Europas üben.

Die Entwicklungen des Jahres 2021 zeigen, dass in Niedersachsen kontinuierlich Gewalttaten durch die linksextremistische Szene verübt werden. Auch im Jahre 2022 erwarten wir, dass die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt auch gegenüber Menschen weiterhin gering sein wird. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die Radikalisierung der linksextremistischen Szene in Niedersachsen 2022 auf gleichbleibend hohem Niveau bewegen wird.

Nicht unwichtig für die weitere Zukunft des Linksextremismus in der Bundesrepublik und in Niedersachsen dürfte die Entwicklung innerhalb der postautonomen Szene sein. Vor allem in der „Interventionistischen Linken“ (IL) sind gewisse Auflösungserscheinungen nicht zu übersehen. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, so könnte das postautonome Projekt zumindest an seine Grenzen stoßen, wenn nicht sogar obsolet werden.

3.4 Autonome/Postautonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Sitz/Verbreitung Landesweite Präsenz mit Schwerpunkten in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück

Mitglieder/Anhänger/Sympathisanten Niedersachsen: 765 ↗

Publikationen „Alhambra“, Oldenburg (unregelmäßig)
„autonomes Blättchen“, Hannover (unregelmäßig)

Finanzierung Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Spenden sowie Solidaritätsveranstaltungen, keine Mitgliedsbeiträge

Das Ziel autonomer Gruppierungen ist es, den Staat und seine Institutionen auch gewaltsam abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Die autonome Bewegung kennt dabei keine mit kommunistischen Organisationen vergleichbare einheitliche und dogmatische Ideologie. Ihr Weltbild setzt sich vielmehr aus kommunistischen und anarchistischen Elementen zusammen. Die verschiedenen Gruppen der autonomen Bewegung finden sich über Aktions- und Themenfelder zusammen, die sich zu einem erheblichen Teil an aktuellen politischen Ereignissen und Problemfeldern orientieren. Diese Vorgehensweise soll dazu beitragen, den autonomen Widerstand öffentlich besser zu vermitteln, um so bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähiger zu werden. Gegenwärtig sind die Themenfelder „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antirassismus“, „Antigentrifizierung“, „Antimilitarismus“ und vor allem der Klimaschutz für das autonome Spektrum in Niedersachsen von Bedeutung. Die autonome Szene sieht sich seit mehreren Jahren mit der Problematik konfrontiert, dass sie aufgrund interner Streitigkeiten, mangelnder Organisationsfähigkeit und einer oftmals brüchigen Vernetzung nur unzureichend agieren kann. Um diesem Umstand etwas entgegenzusetzen, haben sich bundesweit sogenannte postautonome Zusammenhänge etabliert, die mit langfristigen Bündnisstrukturen versuchen, die „Autonomen“ aus der auch von ihnen selbst beklagten Krise zu holen. Für Niedersachsen sind dabei vor allem die „Interventionistische Linke“ (IL) und das Bündnis „...ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“ (uG) relevant.

„Postautonome“

Autonome Gruppierungen sind nicht wie kommunistische Organisationen von einer einheitlichen Ideologie geprägt. Sie verknüpfen vielmehr Elemente kommunistischer und anarchistischer Weltbilder miteinander. „Autonome“ im klassischen Sinne verstehen sich zwar auch als undogmatische Linke und streben wie die Vertreter der orthodoxen bzw. dogmatischen K-Gruppen⁶⁰ die sozialistische Revo-

⁶⁰ Der Begriff „K-Gruppen“ ist eine Sammelbezeichnung für politische Gruppierungen wie den „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“ (KBW) oder die MLPD, die sich seit dem Ende der 1960er Jahre am Marxismus-Leninismus maoistischer Prägung orientieren und sich die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ziel gesetzt haben.

lution an, beantworten die „Organisationsfrage“ aber anders. Sie lehnen eine staatliche Ordnung und jegliche Form von Macht- und Herrschaftsstrukturen wie Hierarchien ab und sprechen sich für die Selbstorganisation des Zusammenlebens aus.

Schon seit Jahren leidet die autonome Szene sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen unter internen Streitigkeiten, einer hohen Fluktuation und mangelnder Motivation ihrer Akteure. So existieren autonome Gruppierungen oftmals nur kurzfristig: sie benennen sich entweder um, fusionieren oder lösen sich ganz auf. Verantwortlich dafür sind vor allem ungelöste Organisationsdebatten und eine theoretische Orientierungslosigkeit. Diese Entwicklung hat die „Autonomen“ in eine substanzielle inhaltliche und strukturelle Krise gestürzt. Teile der autonomen Szene reflektieren diese Missstände schon seit längerem und versuchen, für konkrete Projekte Gruppenstrukturen und Netzwerke aufzubauen. Diese sich oftmals als postautonom bezeichnenden Gruppierungen verstehen sich nach wie vor als „Autonome“, auch wenn sie sich in einigen Punkten von diesen unterscheiden. Ihre Politik ist langfristiger angelegt und verfolgt eine Strategie der kleinen Schritte. Sie wollen sich organisieren, vernetzen und betreiben innerhalb des autonomen Spektrums eine strategische Bündnisorientierung mit einer breiten Öffnung ins demokratische Spektrum und zu bislang unpolitischen Bevölkerungsschichten. Dort wollen sie für einen Bruch mit dem Kapitalismus und den ihn nach Meinung der „Autonomen“ schützenden demokratischen Rechtsstaat werben. Ideologisch orientieren sie sich an marxistisch-leninistischen und anarchistischen Weltbildern. Sie verzichten aber bewusst auf eine exakte ideologische Festlegung und somit auf eine dogmatische Interpretation der marxistischen und anarchistischen Klassiker. Diese ideologische Unverbindlichkeit macht es ihnen möglich, sich auf der Basis von Minimalkonsensen bis weit in orthodoxe, aber auch in nichtextremistische Kreise zu vernetzen. So wollen sie in einem langfristigen Prozess die herrschenden Verhältnisse überwinden und eine kommunistische Gesellschaft errichten. „Postautonome“ greifen deshalb aktuelle politische (Krisen-)Themen auf, die bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind und versuchen, über deren gezielte Zuspitzung möglichst viele Personen zu erreichen und mittelfristig zu radikalisieren.

„Interventionistische Linke“ (IL)

Die IL ist zurzeit das bedeutendste und größte postautonome Bündnis. Sie entstand 1999 als eine „strategische Verabredung“ undogmatischer Linksextremisten verschiedener Strömungen. In sogenannten Beratungstreffen fanden sich Gruppierungen und Einzelpersonen zusammen, um Überlegungen anzustellen, wie die Handlungsfähigkeit und Wahrnehmbarkeit der „radikalen Linken“ in der Bundesrepublik Deutschland erhöht werden könne. Ab 2004 wurden diese Treffen gezielt für linksextremistische Gruppen aus dem postautonomen Spektrum geöffnet. Es entstand ein bundesweit agierendes Netzwerk aus linksextremistischen Gruppierungen und Einzelaktivisten, dem in geringem Maße auch nichtextremistische Personen angehörten. Dem folgte ab 2010 eine intensive Organisationsdebatte, die mit einem von der IL herausgegebenen „Zwischenstandspapier“ vom 11.10.2014 die Umstrukturierung der IL von einem Netzwerk zu einer Organisation abschloss.

Um an das demokratische Spektrum anschlussfähig zu sein, geben sich ihre Akteure ideologisch bewusst undogmatisch. Zugleich bemühen sie sich um ein gemäßigteres äußeres Erscheinungsbild, als es sonst in der autonomen Szene üblich ist. So sind ihre Protagonisten beispielsweise bei Demonstrationen bereit, auf szenetypische Kleidung, dogmatische Parolen und die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Dabei handelt es sich jedoch um ein rein taktisches Verhalten, hinter dem sich eine latent vorhandene Militanz verbirgt.

Aus diesem Grund kann die IL eine Scharnierfunktion zwischen dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum, den dogmatischen Linksextremisten und dem demokratischen Protest einnehmen. Das ermöglicht ihr, Bündnisse bis in die Mitte der Gesellschaft zu schmieden, und Mobilisierungserfolge zu erzielen. Zugleich unterstreicht diese Entwicklung zum einen die wachsende Bedeutung des Netzwerkes für die gesamte linksextremistische Szene, deren Erfolg bei Protestveranstaltungen zu einem nicht unerheblichen Teil von der Organisationsfähigkeit der IL abhängt und zum anderen die zunehmende Entgrenzung des Linksextremismus bis ins demokratische Spektrum.

Ihre verfassungsfeindliche Ausrichtung bringt die IL u. a. in ihrem seit 2014 gültigem Selbstverständnis zum Ausdruck. Darin macht sie deutlich, dass es ihr nicht um grundgesetzkonforme reformerier-

sche Veränderungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems geht, sondern um die revolutionäre Überwindung des demokratischen Rechtsstaates:

„Wir wollen eine radikale Linke, die aktiv nicht nur gegen die Zumutungen und Grausamkeiten, sondern gegen den Kapitalismus insgesamt kämpft, die dabei immer wieder neue Allianzen sucht, die Brüche vertieft und Chancen ergreift, die lieber Fehler macht und aus ihnen lernt, anstatt sich im Zynismus der reinen Kritik zu verlieren. Wir wollen eine radikale Linke, die auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates und allen Formen von Unterdrückung, Entrechtung, Diskriminierung orientiert. Kurz: Wir wollen eine neue, gesellschaftliche radikale Linke, die um politische Hegemonie ringt und Gegenmacht organisiert.“

(Internetseite der IL, 16.09.2021)

Was die IL vom demokratischen Rechtsstaat und seinen Regeln, insbesondere vom Parlamentarismus hält, verdeutlicht sie in einer Stellungnahme zur Bundestagswahl 2021:

„Für uns ist aber auch klar: Der Sozialismus kann nicht auf parlamentarische Mehrheiten und reformistische Kleckerstrategien zählen. Die Strategie linker Regierungen ist eine Sackgasse, denn der Weg der Reformen ist zu begrenzt und die Antworten auf den globalen Kapitalismus ohnehin nicht innerhalb der Nationalstaaten zu finden. Die grundsätzliche Ausrichtung auf Kapitalinteressen ist in die DNA aller bürgerlicher Staaten einprogrammiert. Daran kann keine Regierungskonstellation und kein Parteiprogramm Grundsätzliches ändern. Wer als Antikapitalist:in auf eine Systemüberwindung per Wahl und Regierungspolitik hofft, wird enttäuscht werden... Denn am Ende entscheidet die Straße.“

(Internetseite der IL, 22.11.2021)

Gegenwärtig bestehen offiziell noch in 29 deutschen Städten⁶¹ sowie in Graz (Österreich) Ortsgruppen der IL, zwei davon in Niedersachsen (Göttingen und Hannover). Die IL folgt eigentlich dem Prinzip, wonach pro Stadt nur eine Ortsgruppe bestehen soll. In Göttingen ist diese Ausrichtung jedoch bislang nicht angenommen worden. Dort sind die beiden Gruppierungen „Antifaschistische Lin-

⁶¹ An folgenden deutschen Standorten gibt es IL-Ortsgruppen: Aschaffenburg, Berlin, Bielefeld, Bremen, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Freiburg, Göttingen, Halle, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Leipzig, Lübeck, Mannheim, Marburg, München, Münster, Norderstedt, Nürnberg, Rostock, Stuttgart, Tübingen.

ke International“ (A.L.I.) und „Basisdemokratische Linke“ (BL) weiterhin eigenständige Mitglieder der IL.

Bündnis „...ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“ (uG)

Ein weiteres postautonomes Bündnis mit niedersächsischer Beteiligung stellt das Bündnis uG dar. In ideologischer Abgrenzung zur weitgehend antiimperialistisch ausgerichteten IL ist das Bündnis uG dem antideutschen Lager zuzurechnen.⁶² Folgt man der Selbstdarstellung des Bündnisses, so wurde es 2006 gegründet, um „linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu organisieren und handlungsfähig zu machen“. Nach eigener Aussage geht es dem Bündnis uG dabei nicht nur um eine „Kritik, für die es weder Institutionen noch Parlamente noch feste Verfahren“ gebe, sondern auch um die „Kritik gesellschaftlicher Herrschaft als ganzer“.⁶³ Das postautonome Bündnis strebt nach einer herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft. Wie diese Gesellschaftsform konkret aussehen soll, bleibt jedoch, wie so oft im Linksextremismus, äußerst diffus.

Das Bündnis uG ist derzeit in acht deutschen Städten⁶⁴ sowie in Wien (Österreich) organisiert. Die Gruppierung „Redical [M]“ wirkt als „eine kommunistische und antinationale Gruppe“ aus Göttingen im uG mit.

Mittlerweile hat es den Anschein, als wenn das postautonome Projekt an seine Grenzen stößt. So ist das „Zwischenstandspapier“ der IL bis heute noch nicht erkennbar weiterentwickelt worden. Stieg die Anzahl ihrer Ortsgruppen in den letzten Jahren kontinuierlich, so nimmt sie mittlerweile ab. In Freiburg, Kassel, München und Münster haben sich die jeweiligen Ortsgruppen aufgelöst bzw. sind aus der IL ausgetreten. In ihrer Austrittserklärung übt z. B. die IL Münster massive Kritik an der IL. So wirft sie der IL vor, sie habe

62 Zur Erläuterung der Begriffe „antiimperialistisch“ und „antideutsch“ siehe die Ausführungen im folgenden Abschnitt „Antiimperialisten und Antideutsche“.

63 Internetseite des Bündnis uG, 30.11.2021.

64 In folgenden deutschen Städten gibt es Gruppierungen, die im Bündnis uG organisiert sind: Bremen, Berlin, Dresden, Göttingen, Köln, Frankfurt am Main, München, Münster.

„... versucht, die eigene Ratlosigkeit und den Ideenverlust durch eine große, vermeintlich schlagkräftige, nach innen funktionstüchtige Organisation zu ersetzen ...“

um dann zu dem vernichtenden Fazit zu gelangen:

„Wir wollten eine Organisierung neuen Typs und haben eine Organisation bekommen, die ihre Politik eher als Verwaltung denn als Suche nach radikalen Antworten versteht.“

(Internetseite münster alternativ vom 30.11.2021)

Auch in Niedersachsen ist diese Entwicklung wahrnehmbar. Unter der Überschrift „Die A.L.I. trennt sich – unser Neustart im Jahr 2021“ hat die Göttinger linksextremistische Gruppierung Antifaschistische Linke International (A.L.I.) Ende Dezember 2021 auf ihrer Website ihren Austritt aus der IL bekannt gegeben. In ihrer Austrittserklärung kritisiert die A.L.I., dass sich in der IL

„... in den letzten Jahren Tendenzen verstärkt [hätten], die eine parteiförmige Organisation aufbauen wollen und in der strittige Fragen durch Abstimmungsstatuten oder ausgelagerte Kleingruppen mehr verwaltet als produktiv diskutiert werden.“

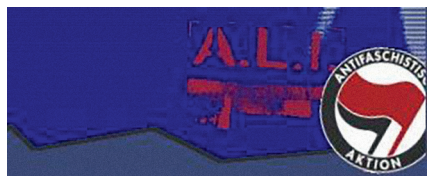
(Internetseite der A.L.I. vom 21.12.2021)

Zugleich beschwert sich die A.L.I. darüber, dass ihnen ihre „Bündnispartner*innen die Solidarität entzogen[hätten]“ als sie „von Seiten der Polizei und von Neonazis Gewalt“ erfahren hätten und beklagen, „immer, wenn es zu inhaltlichen Auseinandersetzungen kam, knallte es zwischen uns.“ Aus diesen Gründen kommt die A.L.I. zu der Erkenntnis, dass sich die „Differenzen in unserer Gruppe ... nicht mehr in gemeinsame Praxis überführen“ lassen und zieht daraus den Schluss:

„Unser Organisationsverständnis ist nun nicht mehr mit den aufgebauten Abstimmungsmodi in der iL vereinbar. Unser Politikstil findet in der iL keinen Platz mehr. Wir werden also in Zukunft nicht mehr in der iL organisiert sein.“

(Internetseite der A.L.I. vom 27.12.2021)

Zugleich betont sie aber in ihrer Erklärung:



„Wir sind und bleiben die Antifaschistische Linke International.“

Damit deutet sie an, dass sie außerhalb der IL als Gruppe weitermachen möchte. Möglicherweise betrifft das aber nur einen Teil der A.L.I. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die A.L.I. im Streit über die Zugehörigkeit zur IL in zwei neue Gruppierungen aufgespalten hat. Ein Teil der A.L.I. ist demnach aus der IL ausgeschieden, ein anderer Teil macht dagegen in der IL weiter.

Auch beim Bündnis uG sind die Tendenzen und Aktivitäten eher rückläufig. So ist die Leipziger Gruppierung „the future is unwritten“ nicht mehr im Bündnis uG vertreten. Dadurch hat sich die Anzahl der im Bündnis uG organisierten Gruppen in Deutschland auf acht reduziert, nachdem schon zuvor die Hannoveraner Gruppe „Fast Forward Hannover“ ausgeschieden war.

Inwieweit sich diese Entwicklungen auch auf die Organisation und Durchführung von Protestaktionen der postautonomen Bündnisse, beispielsweise gegen den G7-Gipfel im bayerischen Elmau und somit auf deren Aktivitäten auswirken, bleibt abzuwarten.

„Antiimperialisten“ und „Antideutsche“

Die sogenannten Antideutschen bildeten sich mit Beginn der 1990er Jahre vor dem Hintergrund zunehmender rechtsextremistischer Übergriffe auf Migranten als eine neue Strömung innerhalb des autonomen Spektrums heraus. Ideologisch wenden sie sich gegen einen vermeintlichen deutschen Nationalismus. Mit der deutschen Wiedervereinigung befürchteten ihre Aktivisten ein Erstarken des Nationalismus innerhalb der vereinigten Bundesrepublik und die Entstehung eines „IV. Reichs“ durch eine Rückkehr zum Nationalsozialismus.

Im Zuge der Golfkriege von 1990 und 2003 solidarisierten sich die „Antideutschen“ bedingungslos mit dem Staat Israel und seiner Schutzmacht, den USA. Eine für „Autonome“ ungewöhnliche politische Haltung, da sie prinzipiell staatliche Strukturen, Institutionen und Repräsentanten ebenso ablehnen wie das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell und jegliche Form von Militär. Aufgrund dieser Widersprüchlichkeit kam es zum Bruch zwischen den Antideutschen, die bislang immer nur eine Minderheitenposition innerhalb des autonomen Spektrums vertraten und vertreten, und den die autonome Szene dominierenden sogenannten Anti-

imperialisten mit ihrer ausgeprägten antiwestlichen, insbesondere antiamerikanischen und antiisraelischen Haltung. Dieser ideologische Bruch vollzieht sich nicht nur im autonomen, sondern auch im postautonomen Spektrum. So ist beispielsweise die IL mit ihren niedersächsischen Ablegern in Hannover und Göttingen als antiimperialistisch zu charakterisieren, während das Bündnis uG eindeutig antideutsch geprägt ist.⁶⁵ Nicht selten führen diese Diskrepanzen zur Lähmung der politischen Arbeit innerhalb der autonomen bzw. postautonomen Szene, da beide Seiten nur bedingt dazu bereit sind, miteinander zu kooperieren.

Autonome Gewalt

„Autonome“ kennzeichnet ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Die autonome Gewaltbereitschaft basiert dabei auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und seine Repräsentanten sowie Rechtsextremisten, aber auch zenekritische Wissenschaftler zählen. Politisch motivierte Gewalt dient Autonomen als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“, denn um die angestrebte herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der demokratische Rechtsstaat als Garant der bisherigen Ordnung beseitigt werden. Gewalt hat für „Autonome“ immer eine Außen- und eine Binnenwirkung. Nach außen dient sie u. a. dazu, öffentliche, insbesondere mediale Aufmerksamkeit zu erregen und Unterstützung für die eigenen Positionen zu finden. Darüber hinaus soll sie die Kosten für bestimmte politische Entscheidungen so in die Höhe treiben, dass diese langfristig politisch nicht mehr durchsetzbar sind.⁶⁶ Zugleich wirkt die Gewalt nach innen integrations- und identitätsstiftend für die jeweiligen Bezugsgruppen. Die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei ist oftmals der förmliche Ritterschlag für den einzelnen „Autonomen“, denn sie befördert seinen

65 Die beiden Göttinger Gruppen „Antifaschistische Linke International“ und „Basisdemokratische Linke Göttingen“ (BL) sind Teil der antiimperialistisch ausgerichteten IL, während die „Redical [M]“ die Göttinger Ortsgruppe des antideutsch ausgerichteten Bündnisses uG bildet. In Hannover gibt es eine IL-Ortsgruppe Hannover, die zum Bündnis uG gehörende Gruppierung „Fast Forward Hannover“ hat sich bereits im Jahr 2020 aufgelöst.

66 Die Castor-Transporte sind hierfür ein gutes Beispiel. Ihre Gegner wussten, dass sie die Züge mit den Castoren auf den Weg ins atomare Zwischenlager nach Gorleben nicht aufhalten können. Durch Blockaden und Schotter-Aktionen versuchten Teile von ihnen aber, die Transporte möglichst lange aufzuhalten. So wollten sie die Kosten für die Castor-Transporte in die Höhe treiben in der Hoffnung, dass sie irgendwann allein aus Kostengründen nicht mehr durchführbar sein würden.

Aufstieg in den formal nicht existenten Hierarchien innerhalb seiner Bezugsgruppe. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Gewalt – wie auch in anderen Extremismusbereichen – ästhetisiert und heroisiert wird. So stilisieren sich „Autonome“ gern auf Fotos und Plakaten als „lonesome cowboy“ oder „streetfighter“ vor brennenden Barrikaden oder Autos sowie vor Polizeireihen. Dadurch zeigen sie zugleich die Faszination, die Gewalt auf sie ausübt. Gewalt wird somit zu einem unverzichtbaren Lebensgefühl. In manchen Situationen herrscht sogar eine regelrechte Gewaltbegeisterung, denn „es macht einfach Spaß, den Bullen eins in die Fresse zu hauen ...“, wie es in einem ihrer Selbstzeugnisse heißt.⁶⁷

Ihren Ausdruck findet die autonome Gewalt in erster Linie in Massenmilitanz und klandestinen Aktionen. Massenmilitanz tritt dabei vornehmlich am Rande von Demonstrationen in Erscheinung. Konspirativ agierende Kleingruppen üben zudem Brand- und Sprengstoffanschläge vor allem gegen Luxus- und Firmenfahrzeuge, aber auch gegen öffentliche Einrichtungen wie Jobcenter, Polizeistationen und Behörden aus.

Um die von „Autonomen“ ausgehende Gewalt richtig einordnen zu können, muss man sich den für sie und die „Postautonomen“ geltenden Gewaltbegriff vergegenwärtigen. Dem linksextremistischen Verständnis nach üben die „kapitalistischen Produktionsverhältnisse“ Gewalt gegen ihre Bürger aus: sie stellen eine auf gesellschaftlichen Strukturen, Werten, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ gegenüber den Bürgern dar und hindern diese daran, sich ihren Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei entfalten und somit selbst verwirklichen zu können. Aus dieser so empfundenen „Gewalt des Systems“ leiten „Autonome“ und sonstige gewaltbereite Linksextremisten quasi ein Naturrecht auf gewaltsamen Widerstand ab. Linksextremistische Gewalt versteht sich demzufolge als „Gegengewalt“, als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel, um die (angeblich) herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen. Mit dieser Interpretation wird auch zugleich das Opfer-Täter-Narrativ definiert: der

⁶⁷ A.G. Grauwacke, *Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren*, Berlin 3. Auflage 2003, Seite 148.

Staat ist immer der Täter und der „Autonome“ bzw. „Postautonome“ immer das Opfer.

„Postautonome“ teilen zwar grundsätzlich das autonome Gewaltverständnis. Im Gegensatz zu den „klassischen Autonomen“ ist ihr Verhältnis zur Militanz vor allem taktischer Natur. Einerseits distanzieren sie sich von der Anwendung von Gewalt, um so das demokratische Spektrum als potenziellen Bündnispartner und ihre Scharnierfunktion zwischen den extremistischen und nichtextremistischen Milieus nicht zu gefährden. Andererseits betonen sie,

„... unsere Mittel und Aktionsformen, defensive wie offensive, bestimmen wir also strategisch und taktisch in den jeweiligen Situationen, so wie wir sie verantworten können ... Es geht uns darum, die kollektive Fähigkeit herzustellen, die Wahl der Mittel nach unseren Zielen selbst zu bestimmen.“

(Internetseite der IL, 22.09.2021)

Ein eindeutiges „Nein“ zu jeglicher Form der Gewalt gibt es von ihnen nicht.

Vor diesem Hintergrund wird schon seit geraumer Zeit in der linksextremistischen Szene eine Debatte über das Für und Wider von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen geführt. In dieser „Militanzdebatte“ geht es nicht um ein Ja oder Nein zur Gewalt an sich. Einzig die Legitimität der Anwendung von Gewalt auch gegen Menschen und nicht allein gegen Sachen wird diskutiert. Da Gewalt dem autonomen Verständnis nach politisch für diejenigen vermittelbar sein soll, die man befreien will, wird bislang gezielte Gewalt gegen Menschen mehrheitlich abgelehnt. Davon ausgenommen sind aber Polizeibeamte und Rechtsextremisten bzw. diejenigen, die Linksextremisten dafür halten. Sie gelten als das personifizierte Feindbild eines jeden „Autonomen“ bzw. „Postautonomen“, ihnen werden Menschenwürde und Grundrechte abgesprochen. Gewalt gegen sie gilt als legitim, notwendig und vermittelbar und wird zumindest billigend in Kauf genommen.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Gemeinsames Ziel aller autonomen Gruppierungen ist es, den Staat und seine Institutionen auch gewaltsam abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Hiermit richten sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und sind demnach verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Auswirkungen der „Corona-Pandemie“ auf Aktivitäten und ideologische Überlegungen der autonomen Szene in Niedersachsen

Wegen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie waren bis etwa Mitte 2021 Demonstrationen weitgehend untersagt und die maßgeblichen Autonomen Zentren blieben in Niedersachsen geschlossen. Bundesweite Großereignisse wurden auf unbestimmte Zeit verschoben.

Teile der autonomen Szene begannen in dieser Zeit, sich theoretisch mit den Ursachen und Wirkungen der Corona-Pandemie aus ihrer Sicht auseinander zu setzen. So veröffentlichte das antideutsch ausgerichtete postautonome Bündnis „...ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“ (uG) am 29.03.2020 auf seiner Website unter der Überschrift „Keine Zeit zum Sterben! – Gegen autoritären Seuchensstaat und kapitalistischen Normalbetrieb“ ein „Statement zur Corona-Krise“. Seiner Meinung nach hat das Virus „eine kapitalistische Produktionskrise und zugleich eine Krise der Gesellschaft, genauer: der gesellschaftlichen Reproduktion ausgelöst.“ Das Virus sei aber

„... nur der Auslöser, auf den der immanent krisenhafte Kapitalismus mit seiner latenten Finanzblase, seiner industriellen Überakkumulation und seinen fragilen Lieferketten nun mit empfindlicher Unterbrechung der Produktion reagiert.“

(Internetseite des Bündnis uG, 29.03.2020)

Ihr kapitalismuskritisches Fazit lautet daher: „Die Ausbreitung des Coronavirus ist letztendlich Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise in Landwirtschaft und Tierhaltung.“

Generell sieht das Bündnis uG „tiefgreifende Veränderungen“ auf die Gesellschaft zukommen, die „nur durch gutorganisierte Kämpfe gewonnen“ werden können. Gegen die „autoritäre Seuchenverwaltung im Dienste von Wirtschaftsstandort und Wettbewerb“ will

das Bündnis uG letztlich den „Kommunismus als Gegenmacht von unten“ setzen.

Die „Interventionistische Linke“ (IL) hat für die Auseinandersetzung mit der Pandemie extra eine eigene „Corona-AG“ eingerichtet und auf ihrer Internetseite unter den Stichworten „Pandemie, Krise, Kapitalismus“ einen wöchentlichen „Corona-Talk“ zur „Coronakrise“ eingestellt, um ihren Aktivisten die Gelegenheit zum Austausch in Zeiten weitgehender Kontaktsperrungen zu geben.

Wie das Bündnis uG, so sieht auch die IL die Ursachen der Corona-Pandemie in der kapitalistischen Produktionsweise. Für die IL sind laut ihrer Internetseite

„... 80.000 Tote allein in Deutschland und rund 3 Millionen weltweit ... keine Naturkatastrophe, sondern der vermeidbare Preis eines Wirtschaftssystems, in dem Profite weit über Menschenleben stehen“.

(Internetseite der IL, 10.11.2021)

Aus diesem Grunde unterstützte die IL auch die Aktion „ZeroCovid“, die die Schließung aller nicht zwingend erforderlichen Wirtschaftsbereiche für mindestens drei Wochen bei vollem Lohnausgleich zum Ziel hatte. Unter dem Slogan „Den Kapitalismus in den Shutdown schicken! Drei Wochen bezahlte Pause statt dritter Welle“ warb sie im Frühjahr für eine Teilnahme an einem entsprechenden Aktionstag am 10.04.2021 auf ihrer Website.

Zunehmend rückten auch die Impfstoffhersteller als vermeintliche Profiteure der Pandemie in den Blickpunkt. Die IL unterstützte in diesem Kontext beispielsweise die Kampagne zur Freigabe aller notwendigen Patente zur Pandemiebekämpfung. So rief sie in den sozialen Netzwerken und auf ihrer Website unter dem Motto „Gebt die Patente frei – Die Pharmaindustrie muss vergesellschaftet werden“ Anfang Januar 2021 zu Demonstrationen gegen die Pharmaindustrie und für die Aufhebung der Corona-Patente auf. Auch den Aufruf zur Demonstration am 13.06.2021 in Berlin unter dem Motto „Gesundheit für Alle, #Gebt Die Patente Frei“ teilte die IL.

Ferner beteiligten sich Linksextremisten auch an den realweltlichen Protesten gegen Corona-Skeptikerinnen und -Skeptiker sowie -Leugnerinnen und -Leugner. Sie beobachteten deren sogenannte Spaziergänge und outeten Teilnehmende oder Sympathisierende mit Bildern und persönlichen Daten als Rechtsextremisten. Mit der Zunahme der Corona-Proteste riefen sie auch zu Gegenprotesten auf bzw. beteiligten sich an deren Organisation und Durchführung. Es fehlten aber größere und überregionale Mobilisierungen. Auch in Niedersachsen kam es dabei zu gewaltsamen Aktionen gegenüber Teilnehmenden und Unterstützenden der Corona-Demonstrationen. So bewarfen unbekannte Täter am 20.07.2021 in Rosdorf (Landkreis Göttingen) die Fassade des Hauses eines Angehörigen der Partei „Die Basis“⁶⁸ mit zwei Farbeiern, während weitere Täter die Windschutzscheibe und zwei Seitenscheiben seines Pkws einschlugen. Zudem beschmierten sie das Fahrzeug mit Farbe. Darüber hinaus beteiligten sich Linksextremisten auch an den Protestaktionen gegen die nächtlichen Ausgangssperren, die zeitweise, abhängig von der jeweiligen Inzidenz, in verschiedenen Regionen Niedersachsens verhängt worden waren. Unter Berufung auf die zum Bündnis uG gehörende Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ und deren Kampagne gegen Ausgangssperren warnte die ebenfalls zum Bündnis uG gehörende Göttinger Gruppierung Redical [M] im April davor, dass es zu Protestaktionen kommen könnte, falls die zum damaligen Zeitpunkt steigenden Corona-Fallzahlen zu einer Ausgangssperre führen sollten. Stattdessen forderte sie einen „solidarischen Shutdown“ und griff damit die Forderungen der Aktion „ZeroCovid“ auf. In Hannover gab es schließlich im April mehrere nächtliche Demonstrationen gegen die verhängte Ausgangssperre, an denen sich auch Linksextremisten beteiligten.

Generell befindet sich die linksextremistische Szene in diesen Zeiten der Corona-Pandemie in einem Dilemma. Obwohl sie den demokratischen Rechtsstaat, seine Institutionen und Repräsentanten kategorisch ablehnt, hält sie sich in der aktuellen Situation an die staatlichen Vorgaben zum Schutz vor der Pandemie. Sie fordert sogar

68 Die Partei „Die Basis“ wurde am 04.07.2020 im Umfeld der Proteste gegen die Schutzmaßnahmen zur COVID-19-Pandemie in Deutschland gegründet und gilt als der parteipolitische Arm der „Querdenker“-Bewegung.

zu deren Einhaltung auf. Damit gehören Linksextremisten in dieser Ausnahmesituation ungewollt zu den Unterstützern des ihnen verhassten Staates. Dieser Widerspruch dürfte mit dafür verantwortlich sein, dass Linksextremisten bislang wenig Interesse an der Teilnahme an den Protesten gegen die Gegner der Corona-Maßnahmen gezeigt und eher sporadisch zu einer Beteiligung aufgerufen haben.

Aktionsfelder

Kampf gegen Faschismus

Zentrales Anliegen der „Autonomen“ ist der Kampf gegen Faschismus bzw. der „Antifaschismus“, einhergehend mit dem für sie damit untrennbar verbundenen Kampf gegen den Kapitalismus und den demokratischen Rechtsstaat. Unter Rückgriff auf die von dem damaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale (Kominintern), Georgi Dimitroff, im August 1935 auf dem VII. Weltkongress der Komintern in Moskau aufgestellten These, wonach der Faschismus „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“⁶⁹ sei, ist der Faschismus dem linksextremistischen Verständnis nach dem Kapitalismus immanent. Faschismus kann aus linksextremistischer Sicht deshalb nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn zugleich auch seine Ursache, der Kapitalismus als die Wurzel allen Übels, beseitigt wird. Konsequenter „Antifaschismus“ zielt daher für Linksextremisten zwangsläufig nicht nur auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung, sondern auch auf die „Marionette des Kapitals“, den zu überwindenden demokratischen Rechtsstaat.

Ereignisse im Zusammenhang mit der Partei

„Alternative für Deutschland“ (AfD)

Wie in den Jahren zuvor, konzentrierte sich die autonome Szene auch 2021 auf ihre „Antifaschismus-Arbeit“, insbesondere auf die direkte Auseinandersetzung mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Veranstaltungen, Pkws und Wohnhäuser von AfD-Angehörigen stellten Angriffsziele der autonomen Szene dar. So besprühten

⁶⁹ Georgi Dimitroff, *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus*, in: ders., *Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften*, Leipzig 1982, Seiten 49–136, hier Seite 52.

in der Nacht vom 22. auf den 23.01.2021 unbekannte Täter in Sottrum (Landkreis Rotenburg/Wümme) die Haustür und das Garagentor des Einfamilienhauses einer AfD-Angehörigen sowie den zur Tatzeit vor der Garage geparkten Pkw mit den Schriftzügen „FCK AfD“ („Fuck AfD“), „FCK NAZI“ („Fuck Nazis“) und dem Anarchiezeichen der Antifa. Zwischen dem 24. und 30.12.2021 besprühten zudem unbekannte Täter in Barsinghausen (Region Hannover) das Wohnhaus eines AfD-Ratsherren und ein dort befindliches Werbeplakat der AfD in grüner Farbe mit den Worten „FCK AfD“ („Fuck AfD“).

Am 15.05.2021 fand in Braunschweig der Landesparteitag der AfD-Niedersachsen mit mehr als 650 Teilnehmenden statt. Gegen die Durchführung des Parteitages formierte sich breiter gesellschaftlicher Protest. So meldete das „Bündnis gegen Rechts Braunschweig“ und die „Linksfraktion im Rat der Stadt Braunschweig“ drei Gegenkundgebungen in unmittelbarer Nähe der Millennium-Halle an, die durch eine Menschenkette miteinander verbunden werden sollten. Darüber hinaus riefen auch örtliche Linksextremisten wie das Autonome Zentrum „Antifaschistisches Café Braunschweig“ zu Protesten auf. Während das Gros der circa 500 Gegendemonstrierenden friedlich ihre Kritik an der AfD zum Ausdruck brachten, kam es am Rande des Parteitags zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Gegendemonstrierende versuchten bereits am frühen Morgen erfolglos die Anfahrtswege zu dem Tagungsort der AfD zu blockieren, um mutmaßliche Anhänger der Partei an der Teilnahme zu hindern. Nach Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden zwei Personen festgenommen. Um 12:00 Uhr erklärte die AfD ihren Landesparteitag für vorzeitig beendet, da eine Einhaltung des Corona-Hygienekonzepts aufgrund der hohen Teilnehmerzahl nicht mehr sichergestellt werden konnte. Auch die Proteste wurden daraufhin eingestellt.

Am 03. und 04.07.2021 veranstaltete deshalb der AfD-Landesverband Niedersachsen in Braunschweig einen erneuten Aufstellungsparteitag für die Bundestagswahl im September 2021. Neben dem „Bündnis gegen Rechts Braunschweig“ riefen u. a. auch links-extremistische Gruppierungen wie „In/Progress Braunschweig“ und das „Antifaschistische Plenum“ zu Protesten gegen den AfD-Landesparteitag auf. Auch überregional wurde zur Teilnahme an den

Protesten mobilisiert, so in Hannover von der „Antifa L Hannover“ und der „IL Hannover“ und in Hildesheim vom „Antifa Kollektiv*37 Hildesheim“. Rund 350 Personen, darunter auch Linksextremisten, demonstrierten schließlich am 03.07.2021 gegen den Landesparteitag der AfD. Bis auf einzelne Sitzblockaden verliefen die Proteste weitgehend friedlich.

Im Vergleich zum Bundesparteitag der AfD in Braunschweig von Ende 2019 verliefen die Proteste gegen die Landesparteitage der niedersächsischen AfD in Braunschweig friedlicher. Auch die Mobilisierung des linksextremistischen Spektrums war weniger erfolgreich als bei vorangegangenen AfD-Veranstaltungen. Sie fand in erster Linie in Niedersachsen statt und erreichte aus dem autonomen Spektrum eine geringere Teilnehmerzahl als bei den vorherigen Protesten gegen Bundes- oder Landesparteitage der AfD. Zwar verbuchte die autonome Szene die Proteste gegen den AfD-Landesparteitag als Erfolg, da sie aus ihrer Sicht zum Abbruch des Sonderparteitages beigetragen haben. Dennoch wurde ihr eigentliches Ziel, die AfD-Veranstaltungen in Gänze zu verhindern, verfehlt.

Am 05.09.2021 veranstaltete die AfD eine Kundgebung unter dem Motto „Kein Impfwang für unsere Kinder“ in Sichtweite des Niedersächsischen Landtages in Hannover. Unter dem Motto „AfD-Demo versauen“ riefen die linksextremistischen Gruppierungen „Antifa L Hannover“ und „IL Hannover“ zu Protesten auf. Dabei motivierten sie die Protestierenden dazu, sich unauffällig unter die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AfD-Veranstaltung zu mischen. Ferner kündigten sie Aktionen wie „Blockaden, Sabotage oder andere Angriffe“ an. Rund 80 Personen, überwiegend aus dem linksextremistischen Spektrum, demonstrierten schließlich am 05.09.2021 gegen die AfD-Veranstaltung, zu der knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erschienen waren. Gegendemonstrierende, die sich wie vorher geplant unter die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AfD-Kundgebung gemischt hatten, störten die Redebeiträge durch ständiges Klatschen und lautes Rufen. Kurz darauf versuchten laut Polizeiangaben etwa 60 verummte Personen eine Polizeisperre zu durchbrechen, um an den Veranstaltungsort der AfD zu gelangen. Nach vereinzelt Rängeleien mit der Polizei zogen sich die Protes-

tierenden schließlich zurück. Gegen 14:30 Uhr beendete die AfD vorzeitig ihre Veranstaltung. Etwa 50 Personen begleiteten daraufhin die abziehenden Teilnehmenden der AfD-Kundgebung mit Sprechchören.

Im Vorfeld bzw. während der Bundestagswahl vom 26.09.2021 häuften sich Aktionen gegen die AfD. So hängten in Hannover am 25. und 26.09.2021 unbekannte Personen Transparente mit den Parolen „AFD zerschlagen“, „Den Rechtsruck bekämpfen“, „Abschottung ist keine Alternative“ und „It ain't safe, gegen den autoritären Staat, seine Sicherheitsbehörden und die anderen Faschist:innen. NIKA:Mobi“ an vier Brücken auf, die über stark frequentierte Bundesstraßen führen. In den sozialen Medien erklärte sich die „Antifa L Hannover“ für die Plakataushänge verantwortlich, die Teil von Aktionswochen zur Bundestagswahl gewesen seien. Dazu hat zudem bereits zwischen dem 13. und 26.09.2021 die linksextremistische Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) aufgerufen. Nach Bekanntgabe der ersten Hochrechnungen zur Bundestagswahl am 26.09.2021 versammelten sich etwa 50 Personen der linksautonomen Szene mit Bengalofackeln in Hannover, ohne dies vorher angezeigt zu haben. Beim Eintreffen der Polizei flüchteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Gruppe „Antifa L Hannover“ erklärte sich in den sozialen Netzwerken zu der Protestaktion:

„Die Bundestagswahlen sind für uns keine Alternative. Dieser Staat ist und bleibt mörderisch. Wir werden nicht aufhören...die dafür Verantwortlichen anzugreifen und zu bekämpfen. Auch nach der Wahl ist klar: Auf zu neuen Taten.“

(Twitter Account der „Antifa L Hannover“, 08.11.2021)

Dadurch brachte sie zugleich ihre antiparlamentarische Grundhaltung und ihre Verachtung des demokratischen Rechtsstaats zum Ausdruck.

Links-Rechts-Auseinandersetzungen in Braunschweig und im Raum Göttingen

Gewalttätige Auseinandersetzungen prägen seit Jahren das Verhältnis zwischen Links- und Rechtsextremisten. Immer wieder wird der politische Gegner gezielt provoziert und angegriffen. Betroffen

von der zunehmenden Konfrontationsgewalt ist in jüngster Zeit verstärkt die Stadt Braunschweig, wo es häufig zu Übergriffen zwischen beiden Extremismen kam und eine Radikalisierung der Szenen zu beobachten ist. Vor allem die Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Partei „Die Rechte“ stand häufig im Vordergrund. So wurde am 15. und am 21.01.2021 das Auto des stellvertretenden Vorsitzenden der Partei „Die Rechte“ in Braunschweig beschädigt und am 09.05.2021 die Hauswand des Wohnhauses des Landesvorsitzenden der „Jungen Nationalisten“ (JN) von unbekanntem Tätern beschmutzt.

Unbekannte Täter setzten zudem zur Nachtzeit am 23.05.2021 die Eingangstür eines Mehrfamilienhauses in Braunschweig in Brand. Das Feuer konnte durch die Polizei gelöscht werden. Das Gebäude ist Wohn- und Anlaufobjekt von Personen der örtlichen rechtsextremistischen Szene und war bereits zuvor Ziel mutmaßlicher Angehöriger der linksextremistischen Szene.

Am 20.06.2021 griffen in Braunschweig etwa 20 Personen des linksextremistischen Spektrums zwei Personen aus der rechtsextremistischen Szene mit Pfefferspray und Teleskopschlagstöcken an und warfen Stühle nach ihnen.

Gegendemonstranten, darunter Linksextremisten, bewarfen am 26.06.2021 die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Wahlkampfveranstaltung der Partei „Die Rechte“ mit Flaschen. Nach Abschluss der Veranstaltung griffen Angehörige der autonomen Szene fünf Personen der rechtsextremistischen Szene mit Pfefferspray an.

Am 14.07.2021 gab es am Abend eine Auseinandersetzung zwischen Links- und Rechtsextremisten auf dem Frankfurter Platz in Braunschweig. Zwei Rechtsextremisten haben dabei eine Person in die Schaufensterscheibe eines Imbisses gestoßen. Als Reaktion auf den Vorfall meldete am 15.07.21 das „Bündnis gegen Rechts Braunschweig“ für den 16.07.21 eine Eilversammlung unter dem Motto „Solidarität mit den Betroffenen von rechter Gewalt – Rechte Gewalt beenden“ an. Rund 200 Personen, darunter auch Linksextremisten, folgten dem Aufruf.

Am 11.09.2021 suchten in Sibbesse (Landkreis Hildesheim) etwa 30 verummte Personen die Wohnanschrift einer Person aus dem rechtsextremistischen Spektrum auf, beschmierten die Straße vor dem Haus mit dem Schriftzug „Nazis aus der Deckung holen“ und zündeten Pyrotechnik.

Im Eingangsbereich einer Lokalität in Braunschweig schlugen in den frühen Morgenstunden des 02.10.2021 zwei der linksextremistischen Szene zuzurechnende Personen auf einen Rechtsextremisten ein, nachdem sie ihn zuvor beleidigt hatten.

Auch Outing-Aktionen prägten die Auseinandersetzung zwischen Rechts- und Linksextremisten. So wurden auf einer auch von Linksextremisten genutzten Internetseite Fotos sowie der Name und die Adresse eines Jugendlichen mit Kontakten in die rechtsextremistische Szene veröffentlicht.

Im Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten bzw. denjenigen, die Linksextremisten dafür halten, spielte auch 2021 Göttingen eine bedeutende Rolle. So nahm der Konflikt zwischen Linksextremisten und Verbindungsstudenten wieder zu. In der Nacht auf den 18.06.2021 bewarfen unbekannte Täter die Hausfassade einer Studentenverbindung mit Christbaumkugeln, die mit Farbe gefüllt waren. Noch in derselben Nacht wurde die Hausfassade, der Fensterrahmen, der Steintreppenaufgang und die Hofeinfahrt einer Burschenschaft mit lila Binderfarbe beschmiert. Am 27.07.2021 beschmierten unbekannte Täter zwei Zaunpfiler und die Hauswand eines Verbindungshauses mit den in schwarzer Farbe geschriebenen Parolen „FCK NZS“ („Fuck Nazis“), „ACAB“ („All Cops Are Bastards“) und „161“ (Zahlencode für „Antifaschistische Aktion“).

Im Jahresverlauf gab es in Göttingen außerdem immer wieder szenetypische Delikte wie Beleidigungen, Pöbeleien, Sachbeschädigungen und körperliche Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten.

Ereignisse im Zusammenhang mit der NPD-Liegenschaft Hof Finkenberg in Eschede⁷⁰

Für den 19.06.2021 hatte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ihre alljährliche Sonnenwendfeier auf dem Hof Finkenberg (ehemals Hof Nahtz) in Eschede angekündigt. Neben demokratischen Organisationen warben auch linksextremistische Gruppierungen wie die „Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen“, „Salt City Antifa Lüneburg“, die „Antifa L Hannover“, das „Antifa Kollektiv*37 Hildesheim“, „In/Progress Braunschweig“ und die neugegründete Internetkampagne „Kick them out! Eschede“, die der autonomen Szene zugerechnet werden muss, auf ihren Internetseiten bzw. über die sozialen Medien für eine Teilnahme an den Protesten.

Gegen 12:00 Uhr begannen am 19.06.2021 auf dem Marktplatz in Eschede die angemeldeten Proteste mit etwa 70 Teilnehmenden unter dem Motto „Deine Stimme gegen Neonazis“. Nachdem die erste Demonstration ohne Zwischenfälle am Escheder Bahnhof endete, startete von dort gegen 13:20 Uhr der angemeldete Aufzug des „Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ unter der Überschrift „Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede“. Neben dem demokratischen Spektrum nahmen auch Linksextremisten in einer niedrigen dreistelligen Anzahl daran teil. Sie waren erst kurz zuvor mit dem Zug angereist und formierten sich gemeinsam mit Personen, die ihnen politisch nahestehen, umgehend zu einem 170 Personen umfassenden, abgeschotteten „Schwarzen Block“. Während zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach einer Zwischenkundgebung die Versammlung verließen, zog er weiter zur NPD-Liegenschaft Hof Finkenberg. Entgegen der Anmeldung stoppte der „Schwarze Block“ vor dem Hof und bewegte sich auf das Hoftor zu. Nach Provokationen gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen mit Holzstöcken und Schirmen aus dem „Schwarzen Block“ heraus auf Polizeibeamte eingeschlagen wurde.

⁷⁰ Siehe hierzu auch Kapitel 2.3 und Kapitel 2.9, Abschnnt „Aktivitäten der NPD in Niedersachsen“, Abschnitt „Aktivitäten der Jungen Nationalisten (JN) in Niedersachsen“ und Abschnitt „Bewertung, Tendenzen, Ausblick“.

Bereits am 08.05.2021 beteiligten sich etwa 100 Personen der autonomen Szene und Personen, die dieser nahestehen, aus Richtung Hannover, Hamburg und Lüneburg an einer Protestaktion gegen den Hof Finkenberg. Sie formierten sich als „Schwarzer Block“ und zündeten Bengalos und Fackeln, die sie z. T. auf die Einsatzkräfte warfen.

Ereignisse im Zusammenhang mit Burschenschaften

Am 05.06.2021 fand auf dem Messegelände Hannover die Mitgliederversammlung der studentischen Vereinigung „Coburger Convent“ statt. Da die autonome Szene den studentischen Verbindungen generell eine Nähe zum Rechtsextremismus unterstellt, organisierte das antideutsch ausgerichtete Kampagnenbündnis „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) für den Vorabend eine Demonstration unter dem Motto „Männerbünde zerschlagen – Das Patriarchat zu Fall bringen“. Die autonome Szene aus Hannover rief zudem dazu auf, die Verbindungsstudenten zu outen und „den Burschen ihren Pfingstkongress zu versauen.“ Neben den Gruppierungen „161 Einbeck“ und „Antifa Kollektiv*37 Hildesheim“ mobilisierte auch die Braunschweiger Gruppierung „In/Progress“ unter dem Motto „Gegen Staat, Nation und Patriarchat! ... Herrschaftsfreies Leben für alle!“. In der Spitze bis zu 600 Personen nahmen schließlich an der Protestkundgebung gegen den „Coburger Convent“ teil, darunter eine höhere zweistellige Anzahl von Personen aus der autonomen Szene. Im Verlauf der Versammlung wurden rot gefärbte Tampons geworfen und mehrfach Pyrotechnik gezündet.

Bereits im Vorfeld wurden linksextremistisch motivierte Straftaten verübt. So beschädigten Unbekannte in der Nacht des 01.06.2021 die Grundstücksmauer eines Verbindungshauses mit dem Schriftzug „Fight Sexism“. Ferner bewarfen sie die Gebäudefassade des Hauses einer weiteren Studentenverbindung mit blauer Farbe. An der Grundstücksmauer brachten sie in roter Farbe den Schriftzug „Männerbünde zerschlagen“ an. Die Täter veröffentlichten auf einem bevorzugt von Linksextremisten genutzten Internetportal dazu ein anonymes Selbstbeichtigungsschreiben, in dem sie die Tat als „militantes Warm-Up“ bezeichneten. Nur eine Nacht später bewarfen Unbekannte erneut die bereits beschädigte Fassade eines Verbindungshauses mit Luftballons, die mit violetter Farbe gefüllt waren. Auch im Nachgang gab es Übergriffe auf Burschenschaften in Han-

nover. So wurden am 17.06.2021 die Hausfassade und die Hofeinfahrt einer Studentenverbindung durch Christbaumkugeln mit lila Binderfarbe beschmiert. Der Farbton steht szeneyntern sinnbildlich für den feministischen Kampf gegen das Patriarchat.

Weitere Aktionen in Niedersachsen

In der Nacht vom 19.07. auf den 20.07.2021 betraten unbekannte Täter in Sibbesse (Landkreis Hildesheim) das Grundstück eines Rechtsextremisten und besprühten die beiden unter einem Carport abgestellten Pkws sowie einen Wohnanhänger mit rosa Farbe. Zudem entzündeten sie eine Restmülltonne und eine Hecke. Auf einem auch von Linksextremisten genutzten Internetportal bekannten sich die unbekannteten Täter zu diesen Übergriffen.

Im Herbst 2021 fanden in Hildesheim regelmäßig Demonstrationen der sogenannten Querdenker und Impfgegner statt, an denen sich teilweise auch Rechtsextremisten aus dem Umfeld der Partei „Die Rechte“ beteiligten. Gegen diese politischen Gegner formierte sich Protest, an dem sich auch Angehörige der autonomen Szene beteiligten. Seinen vorläufigen Höhepunkt erlebte der Protest am 23.10.2021, als nach einer überregionalen Mobilisierung etwa 220 Personen an der Demonstration „Hildesheim bleibt bunt“ teilnahmen. Während und nach der Demonstration gab es Provokationen und Rängeleien mit der Polizei und den Rechtsextremisten.

Kampf gegen Rassismus

Linksextremisten überspitzen ihre Kritik an der bestehenden Asyl- und Flüchtlingspolitik und am Handeln von Ausländerbehörden, Polizei und Gerichten zum Vorwurf eines „systemimmanenten“ Rassismus. Staatliche Repräsentanten und Akteure werden damit auf eine Stufe mit Rechtsextremisten gestellt und somit Forderungen nach der Abschaffung des politischen Systems legitimiert. Vor diesem Hintergrund wenden sich Teile des niedersächsischen linksextremistischen Spektrums gegen die bundesrepublikanische Asyl- und Abschiebepaxis und solidarisieren sich mit von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen.

Das Aktionsfeld „Antirassismus“ hatte im Zuge des Flüchtlingszuzugs in den zurückliegenden Jahren auch innerhalb der autonomen Szene an Bedeutung gewonnen. Waren die Flüchtlingszahlen nach

ihrem starken Anstieg 2015 in den Jahren 2016 und 2017 zunächst wieder rückläufig, so stiegen sie im Jahr 2021 erneut an. Entsprechenden Wellenbewegungen ist das Thema „Antirassismus“ innerhalb der autonomen Szene unterworfen.

In der Nacht vom 08. auf den 09.01.2021 verübten bislang unbekannte Täter Brandanschläge auf die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) an den Standorten in Braunschweig und Hannover-Langenhagen. In Braunschweig setzten die Täter zehn Kleinbusse und einen Anhänger, die für eine bevorstehende Abschiebemaßnahme genutzt werden sollten, in Brand. Alle zehn Kleinbusse brannten aus. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von insgesamt rund 500.000 Euro. Noch in derselben Nacht scheiterte ein Brandanschlag am Standort der LAB NI in Hannover-Langenhagen aufgrund mangelhafter Präparation der Sprengsätze. Am Gebäude der LAB NI fand die Polizei sechs mit 20 Litern gefüllten Benzinkanistern und sechs 1,5 Liter PET-Flaschen vor.

Bereits am Samstag, den 09.01.2021, wurde um 09:15 Uhr auf einer auch von Linksextremisten genutzten Internetseite ein Selbstbeziehungsschreiben (SBS) veröffentlicht, in dem sich anonyme Täter zu dem Anschlag auf die LAB NI bekannten. In dem Schreiben heißt es, man habe mit den Anschlägen das „MÖRDERISCHE ABSCHIEBESYSTEM ANGEGRIFFEN“. Ziel des Anschlages sei es gewesen „die abläufe im menschenverachtenden abschiebesystem wirksam zu behindern“. Am Ende des SBS solidarisieren sich die Verfasser u. a. mit Flüchtlingen, die „nach europa und zu uns nach deutschland kommen“, mit „ziviler seenotrettung“, mit „Demos und Protestkamps“ und mit „militante[n] Aktionen“. Zudem fordern sie, „solidarische Strukturen auf[zu]bauen und [zu] verteidigen“ und für ein besseres Leben zu kämpfen.

Knapp drei Wochen später, am 29.01.2021, tauchte ein zweites, ergänzendes Bekennerschreiben auf derselben Internetseite unter der Überschrift „AUSWERTUNG/ERGÄNZUNG WIR HABEN DAS MÖRDERISCHE ABSCHIEBESYSTEM ANGEGRIFFEN“ auf. Darin werden die Vorgehensweise bei dem missglückten Anschlag auf die LAB NI Hannover-Langenhagen und die Gründe für die Anschläge aus-

fürlich erläutert. Zugleich stellen die unbekanntes Täter weitere Anschläge in Aussicht, wenn sie davon sprechen, dass „wir hoffen, dass bei zukünftigen Anschlägen diese Fehler vermieden werden.“ Der Sprachgebrauch als auch die Erläuterungen zu den Taten lassen Täterwissen erkennen und deuten darauf hin, dass es sich bei den Verfassern um dieselben Personen wie bei dem ersten Selbstbesichtigungsschreiben handelt.

Etwa 30 bis 40 Personen blockierten am Freitag, den 19.11.2021 für zwei Stunden die Zugänge der Göttinger SPD-Parteizentrale. Sie forderten, die Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze sofort zu evakuieren und ihnen eine sichere Bleibeperspektive in Deutschland zu bieten.

U. a. unterstützten die „Redical [M]“, die „Basisdemokratische Linke“ Göttingen und „Links Unten“ Göttingen die Besetzung und warben dafür in den Sozialen Medien.

Nach mehreren Anschlägen im Jahr 2019 geriet die Ausländerbehörde der Stadt Göttingen 2021 erneut ins Visier von Linksextremisten. Am 16.07.2021 bewarfen unbekannte Täter das Gebäude der Behörde mit Farbbeuteln und sprühten auf den Boden im Eingangsbereich mit schwarzer Farbe die Parole „Refugees Welcome“.

Kampf gegen Repression

Gewöhnlich wird der Begriff „Repression“ dafür verwendet, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen in Diktaturen und autoritären Systemen zu benennen. Linksextremisten übertragen den Begriff auf die innenpolitische Situation in Deutschland. Konkret verstehen sie hierunter die Unterdrückung der individuellen, sozialen und politischen Entfaltung der oder des Einzelnen durch gesellschaftliche Strukturen oder autoritäre Verhältnisse in Deutschland, insbesondere durch Handlungen staatlicher Exekutivorgane. Vor allem der Staat und seine sicherheitspolitischen Einrichtungen wie die Polizei, die Nachrichtendienste und die Justiz, stehen dabei im Fokus der Kritik. Als staatliche bzw. vom Staat gelenkte „Repressionsorgane“ bekämpfen sie nach Meinung von Linksextremisten die Bürger ihres Landes und kriminalisieren sie, während sie zugleich „Faschisten“ also Rechtsextremisten bzw. diejenigen, die Linksextremisten

dafür halten, schützen. Ziel der linksextremistischen „Antirepressions-Arbeit“ ist es, sich selbst als Opfer permanenter Überwachung, Verfolgung und Reglementierung durch den Staat zu stilisieren, um auf diese Weise den demokratischen Rechtsstaat zu delegitimieren.

Am 08.09.2021 hat in Dresden der Prozess gegen die Studentin Lina E. und drei weitere Angeklagte begonnen. Sie werden als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung u. a. der gemeinschaftlichen gefährlichen Körperverletzung und des besonders schweren Landfriedensbruchs beschuldigt. In Sachsen und Thüringen sollen sie insgesamt 13 Rechtsextremisten angegriffen und ihnen dabei teilweise lebensbedrohliche Verletzungen zugefügt haben, darunter Gesichtsfrakturen und Platzwunden am Kopf. Am 18.09.2021 fand in Leipzig eine Demonstration gegen staatliche Repression und in Solidarität mit den vier Angeklagten unter dem Motto „Wir sind alle LinX – Wir sind alle Antifaschist:innen“ statt. Unter den Teilnehmenden waren auch Linksextremisten aus Niedersachsen. Im Verlauf der Demonstration wurden Polizisten mit Flaschen und Steinen beworfen, eine Polizeistation wurde mit Pyrotechnik und mit roter Farbe gefüllten Glasflaschen attackiert. Ein mitgeführtes Transparent enthielt eine konkrete Todesdrohung gegen einen leitenden Polizeibeamten des Landes Sachsen. In Anspielung auf die Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer 1977 durch die terroristische „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und der Auffindung seines Leichnams im Kofferraum eines Autos hieß es dort:

„Bald ist er aus Dein Traum, dann liegst du im Kofferraum“

Auch niedersächsische Linksextremisten haben sich mit Lina E. solidarisiert und zu einer Teilnahme an der Demonstration am 18.09.2021 in Leipzig aufgerufen. So hatte die „Redical [M]“ unter dem Motto „Ganz Göttingen ist LinX“ zu einer gemeinsamen Zuganreise von Göttingen nach Leipzig mobilisiert. Auch die „Rote Hilfe e. V.“ unterstützte die Kampagne „Wir sind alle LinX“ und rief zur Teilnahme an der Demonstration vom 18.09.2021 in Leipzig auf.

Die „Rote Hilfe“

Die bedeutendste Gruppierung, die sich in erster Linie der „Antirepressions-Arbeit“ widmet, ist der von Linksextremisten getragene Verein „Rote Hilfe e. V.“ (RH). Die RH wurde 1975 gegründet und ist in Göttingen ansässig. Über den Bundesverband hinaus existieren etwa 50 Ortsgruppen bundesweit. In Niedersachsen gibt es mit Braunschweig, Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück fünf selbstständige Ortsgruppen.

Die RH versteht sich als „Selbsthilfeorganisation für die gesamte Linke“. Bewusst verzichtet sie darauf, sich von extremistischen Zusammenschlüssen zu distanzieren. Ihre Hauptaufgabe sieht sie im Kampf gegen „staatliche Repression“. Sie bietet Linksextremisten politischen und sozialen Rückhalt und leistet juristische und finanzielle Unterstützung, wenn sie straffällig werden. So gewährt sie Rechtshilfe, vermittelt Szeneangehörigen Anwälte und betreut sie sowohl in Strafverfahren als auch während ihrer Haftzeit. Außerdem stellt sie zu besonderen Veranstaltungen, beispielsweise bei Demonstrationen, sogenannte Ermittlungsausschüsse bereit. Deren Aufgabe besteht darin, sich um Festgenommene zu kümmern und Rechtsanwälte zu vermitteln. Die RH begleitet zudem strafprozessuale Maßnahmen u. a. mit Solidaritätsveranstaltungen und Kampagnen, um auf diese Weise die vermeintliche Repression staatlicher Behörden gegen politische Aktivisten zu „entlarven“. So versucht sie, die Vernetzung und den Zusammenhalt der unterschiedlichen linksextremistischen Strömungen zu festigen und zu sichern.

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen der gewalttätigen Ausschreitungen beim G20-Gipfel initiierte die RH eine eigene Spendenkampagne zur Unterstützung der Tatverdächtigen. Unter dem Motto „United We Stand! – Unsere Solidarität gegen ihre Repression!“ sammelt die RH seit August 2017 Gelder für die anstehenden Gerichtsprozesse, die nach Aussage der RH als „politische Machtdemonstration des Apparats“ zu werten seien. Da das Aktionsfeld „Antirepression“ weiterhin einen hohen Stellenwert innerhalb des linksextremistischen Spektrums, insbesondere in der autonomen Szene, einnimmt, kann die RH seit mehreren Jahren bundesweit hohe Mitgliederzahlen verbuchen. So sind gegenwärtig bundesweit mehr als 11.000 Personen (2020: 11.000) in der RH organisiert, etwa 1.000 (2020: 900) davon in Niedersachsen.

Zur Struktur der RH gehört auch das am 18.02.2005 in Umsetzung eines Beschlusses der RH-Hauptversammlung in Göttingen gegründete und dort ansässige „Hans-Litten-Archiv“, benannt nach einem Rechtsanwalt, der während der Weimarer Republik für die „Rote Hilfe Deutschland“⁷¹ tätig war.

Klimaschutz

Der Klimaschutz ist ein Thema, das die Menschheit bewegt. Um der globalen Erderwärmung und ihren Folgen entgegenzuwirken, hat sich in den letzten Jahren eine weltweit agierende Klimaschutzbewegung formiert. Ihr Ziel ist es, Druck auf die Regierungen auszuüben, um den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase drastisch zu verringern. Mit zahlreichen Demonstrationen und sonstigen Protestaktionen will vor allem die nichtextremistische „Fridays for Future“-Bewegung (FFF) dazu beitragen, dass die im Pariser Klimaschutzabkommen vom 12.12.2015 getroffenen Vereinbarungen erreicht werden und die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt wird.

Die globalen Klimastreiktage haben deutlich gemacht, dass Linksextremisten auch in Niedersachsen den Klimaschutz für sich entdeckt haben und seitdem versuchen, die Klimaschutzbewegung für ihre Interessen zu vereinnahmen. Dabei folgen sie ihrer Strategie, gesellschaftlich relevante Themen aufzugreifen, um mit diesen bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu werden. Vor allem post-autonome Gruppierungen wie die IL versuchen, strategische Bündnisse mit dem demokratischen Spektrum zu schließen, um dieses für ihre Interessen zu instrumentalisieren und mittelfristig zu radikalisieren. Die IL ist bereits seit längerem ein steuernder Faktor in der linksextremistisch beeinflussten Kampagne „Ende Gelände“, das sich vor allem gegen den Braunkohletagebau im nordrhein-westfälischen Garzweiler und in der sächsischen Lausitz ebenso engagiert wie gegen die Rodung des Hambacher Forst in Nordrhein-Westfalen und des Dannenröder Forsts in Hessen. Auf ihrer Internetseite beansprucht die IL sogar die Gründungsinitiative von „Ende Gelände“ für sich, wenn sie schreibt:

⁷¹ Die Rote Hilfe Deutschland existierte von 1924 bis zu ihrer Selbstaflösung 1936.

„Mit Ende Gelände haben wir ein unglaublich großes Ding geschaffen.“

(Internetseite der IL, 25.02.2020)

Dass für die IL der Klimaschutz nur Mittel zum Zweck ist, macht sie in einem ihrer Positionspapiere deutlich. Dort heißt es:

„Die Macht des fossil-industriell-militärischen Komplex und die Binnen-`Logik` des Kapitals sind nicht voneinander zu trennen. Ziel massenhaften Ungehorsams ist nicht `nur` Be- bzw. Verhinderung konkreter Zerstörungen, sondern selbstverständlich auch Vertiefung und Intensivierung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über die herrschenden Zustände insgesamt. Eine Klimabewegung wird bei aller Dringlichkeit ihres Anliegens nicht als Ein-Punkt-Bewegung erfolgreich sein können. Sie muss sich vielmehr in Beziehung setzen und verbinden mit weiteren Kämpfen u.a. für Solidarität mit Geflüchteten, Care-Revolution, Recht auf Stadt, gegen Austerität, das herrschende Arbeits- bzw. Prekaritätsregime, Militarismus sowie jegliche weiteren Herrschaftsformen.“

(Internetseite der IL, „Globale Solidarität statt systemischer Wahnsinn“, 24.02.2020)

Auch wenn FFF ohne linksextremistische Einflussnahme entstanden ist, gibt es Linksextremisten in ihren Reihen. So hat sich schon im März 2019 innerhalb von FFF eine „antikapitalistische Plattform“ namens „Change for Future“ (CFF) gegründet. Darin wirken u. a. die der MLPD nahestehende Jugendorganisation „Rebell“ und die der trotzkistischen Gruppe „ArbeiterInnenmacht“ (GAM) nahestehende gewaltorientierte Jugendorganisation „Revolution“ (REVO) mit. Um „der Kapitalismuskritik mehr Gehör zu verschaffen“ will CFF die „Antikapitalisten“ innerhalb von FFF vernetzen und die „Arbeiterbewegung und FFF“ zusammenbringen.⁷² Ihre Mitglieder „eint die Einsicht, dass wir zum Lösen der Klimakrise den Kapitalismus überwinden müssen“⁷³, weshalb sich CFF „klar gegen das momentane System“ stellt.⁷⁴

Vor allem die IL versucht Einfluss auf FFF zu nehmen. Bundesweite Schlagzeilen machte in diesem Zusammenhang eine 15-jährige FFF-Aktivistin, die den Kanzlerkandidaten der CDU in einer

72 Internetseite von Rebell: Change for Future – die antikapitalistische Plattform in FFF, Stand: 29.07.2020.

73 Marxisten bei Fridays for Future: „Wir wollen den Planeten retten und nicht die Profite der Konzerne“, Interview mit Roberto-Antonio Sanchino Martinez, in: www.stern.de, Stand: 29.07.2020.

74 Pressemitteilung von CFF, Internetseite der „Ökologischen Plattform bei DER LINKEN“.

ARD-Wahlsendung vom 15.09.2021 befragte. Im Nachhinein wurde bekannt, dass sie von der Agentur einer führenden Aktivistin der IL eine Schulung für das Auftreten in Talkshows erhalten hat.

Auch in Niedersachsen kooperierten FFF und Linksextremisten. So arbeiteten etwa die „Redical [M]“ mit der FFF-Ortsgruppe Göttingen mit der Intention zusammen, die eigenen ideologischen Ziele durch den Klimaprotest voranzubringen. Sie protestierten gemeinsam für den Klimaschutz. Die gesamte „Rote Hilfe e. V.“ etwa solidarisierte sich mit FFF im Vorfeld des 5. Globalen Klimastreiktags, ihre Ortsgruppe Oldenburg übersandte „solidarische Grüße“ an die Klimaaktivistinnen und -aktivisten. Am 04.06.2021 blockierten in den frühen Morgenstunden zudem zeitgleich etwa 35 Klima- und Umweltaktivistinnen und -aktivisten die Zufahrten zum Betriebsgelände des Volkswagenwerks in Wolfsburg und eine Baustelle für eine zuliefernde Gaspipeline in Meinholz im Landkreis Gifhorn. An beiden Orten zeigten die Aktivistinnen und Aktivisten Transparente mit Parolen für eine Mobilitätswende und gegen Autos in Verbindung mit anarchistischen Symbolen. Sie bezeichneten sich in einer Presseerklärung als Aktionsgruppe „Runter vom Gas“. Von beiden Aktionsorten berichteten sie unter dem Motto „Unplug VW“ (sinngemäß „VW den Stecker ziehen“) live in den sozialen Medien.

In der Nacht vom 24. auf den 25.11.2021 schlugen unbekannte Täter in Hannover-Linden bei einem Transporter des Siemens-Konzerns zwei Scheiben ein und sprühten den Schriftzug „No al Tren Maya“ (Nein zum Maya Zug) auf. Auf einem auch von Linksextremisten genutzten Internetportal erschien kurz darauf ein Selbstbezeichnungsschreiben. Darin begründeten die anonymen Täter ihre Tat u. a. mit dem Bemühen des Siemens-Konzerns um den Zuschlag für ein mexikanisches Eisenbahnprojekt namens „Maya-Zug“. Dabei handelt es sich um eine etwa 1.500 Kilometer lange Eisenbahnstrecke, die durch fünf mexikanische Bundesstaaten führen soll. Die Täter befürchten, dass durch den Bau einzigartige Ökosysteme zerstört, etwa 800 Hektar Urwald gerodet und die auf der Strecke ansässige indigene Bevölkerung vertrieben werden könnte. Neben Siemens rücken die Täter auch andere an dem Projekt beteiligte deutsche Firmen wie die Deutsche Bahn, den TÜV-Rheinland und namentlich

nicht aufgeführte deutsche Rüstungskonzerne in den Fokus und rufen dazu auf, die „beteiligten Unternehmen anzugreifen!“

In Wolfsburg hatten etwa 15 Personen den Zaun des VW-Werks geländes überwunden. Im Bereich des Kraftwerks ketteten sie sich an Gleise sowie Eisenbahnwagons an und begaben sich auf bis zu 48 Meter hohe Kräne. Die Polizei entfernte sie unter Einsatz eines Höheninterventionsteams vom Betriebsgelände. Bei Meinholz behinderten rund 20 Personen die Bauarbeiten auf einer Pipeline-Trasse, die das Kraftwerk des Volkswagenwerkes Wolfsburg künftig mit Erdgas versorgen soll. Einzelne Personen, die sich an Bagger und Baumaschinen angekettet hatten, wurden durch Polizeikräfte gelöst.

Antigentifizierung

Wohnraummangel, hohe Mieten, städtebauliche Umstrukturierungen, die Veränderungen von sozial- und wohnräumlich gewachsenen Strukturen und damit einhergehende gesellschaftspolitische Spannungen sind Themen, die bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Menschen bewegen. Die von jugendlichem Rebellentum, alternativem Erscheinungsbild und wirtschaftlichen Nöten geprägten Bewohner von Wohnprojekten, die sich gegen eine Verdrängung aus ihren Wohngebieten wehren, fallen grundsätzlich nicht in die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes.

Eine andere Situation entsteht, wenn Linksextremisten diese Problematik aufgreifen und versuchen, durch ihren Kampf für die Schaffung und den Erhalt von sogenannten Freiräumen Einfluss auf diese gesellschaftliche Auseinandersetzung zu nehmen. Als „Freiräume“ verstehen Linksextremisten vor allem besetzte Häuser, kollektive Wohnprojekte und selbstverwaltete sogenannte Jugend- und Kulturzentren, die u. a. durch Hausbesetzungen und den Widerstand gegen „Zwangsräumungen“ erkämpft werden sollen. „Freiräume“ dienen diesem Verständnis nach als Rückzugsräume für Linksextremisten zur Planung politischer Agitation und (militanter) Aktionen.

Als Teil der Auseinandersetzung um diese sogenannten Freiräume gewinnen in den autonomen Spektren der großen Ballungsräume, wie z. B. in Berlin und Hamburg oder in Leipzig und Bremen die „Kämpfe gegen Gentrifizierung“ zunehmend an Bedeutung. Es

werden immer wieder teils schwerwiegende Sachbeschädigungen und Brandanschläge, vorwiegend gegen Immobilienfirmen und Infrastruktureinrichtungen, verübt. Vor allem Wohnungsunternehmen wie Vonovia rücken in diesem Zusammenhang in den Blickpunkt der autonomen Szene. Ihnen wird vorgeworfen, Mieter aus ihren Wohnungen zu verdrängen, um diese dann aufwändig zu sanieren und teuer neu zu vermieten. Im Gegensatz zum demokratischen Protest, der sich gegen die Umgestaltung von Stadtteilen aus Sorge vor damit einhergehenden Mietpreiserhöhungen, zunehmendem Mangel an bezahlbarem Wohnraum und dem drohenden Verlust des originären Stadtteilcharakters richtet, dient diese Auseinandersetzung Linksextremisten als Plattform für ihren Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat. Sie nutzen diese Gentrifizierungsdebatte, um eigene Interessen in die gesellschaftlichen Debatten um hohe Mieten und knappen Wohnraum einfließen zu lassen und um Militanz in die Proteste gegen diese Entwicklung hineinzutragen.

Auch die niedersächsische linksextremistische Szene greift dieses Thema auf. So nahmen am 11.09.2021 auch niedersächsische Linksextremisten an der von der Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ initiierten bundesweiten Mietendemonstration gegen zu hohe Mieten und für eine Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen unter dem Motto „Wohnen für alle! Gemeinsam gegen hohe Mieten und Verdrängung“ in Berlin teil. Die IL Hannover organisierte eine gemeinsame Busanreise von Hannover nach Berlin, die zur IL gehörende „Basisdemokratische Linke“ (BL) kümmerte sich um die Busanreise aus Göttingen. Vor Ort demonstrierten sie unter dem Motto „Göttinger für Enteignungen. Coreo, Adler, Vonovia und Co. enteignen“.

Die IL Hannover solidarisierte sich auch darüber hinaus mit der Zielrichtung der Berliner Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ Diese hatte einen Volksentscheid zur Enteignung von Wohnungsbaugesellschaften mit mehr als 3.000 Mietobjekten im Land Berlin erfolgreich auf den Weg gebracht. Nachdem der Volksentscheid am 26.09.2021 mehr als eine Million Befürworter gefunden hatte, feierte die IL Hannover am Kröpcke in Hannover den Erfolg der Kampagne unter einem Transparent mit der Überschrift „Ein Hoch auf die Enteignung!!!“

Am 15.10.2021 räumte die Polizei den im Garten des ehemals besetzten und nunmehr legalen linksalternativen Hausprojektes Köpenicker Straße 137 befindlichen „Köpi“-Wagenplatz in Berlin-Mitte. Mit Räumpanzern, Gerüsten, Motorsägen und auch Äxten brachen die Einsatzkräfte der technischen Einheit am Vormittag den Zaun rund um die Wagenburg auf. Nach und nach räumte die Polizei das Gelände. Dabei wurden sie immer wieder mit Flaschen und Steinen aus dem Inneren des Geländes beworfen. Noch am selben Tag demonstrierten mehrere Tausend Menschen in Berlin-Kreuzberg gegen die Räumung des „Köpi“-Wagenplatzes. Ausschreitungen zwischen Demonstrantinnen und Demonstranten und der Polizei sowie Sachbeschädigungen waren die Folge.

Auch in Niedersachsen gab es Protestaktionen. So mobilisierte die BL zu zentralen und dezentralen Solidaritätsaktionen und zu einer Solidaritätskundgebung in Göttingen. In Hannover rief das „Autonome Zentrum Unabhängiges Jugendzentrum“ (UJZ) Kornstraße zu einer Solidaritätsdemonstration parallel zur Räumung auf.

Nachdem ein hannoverscher Bauträger Ende 2017 das Firmengelände des Elektro-, Heizungs- und Sanitärgrößhandels Hermann Albert Bumke erworben hatte, steht die Befürchtung im Raum, dass die Entwicklung des Bumke-Geländes die Vergleichsmieten weiter in die Höhe treiben könnte. Auch diese Sorge greift die IL auf, veranstaltet Informationsveranstaltungen zum Thema „Antigentrifizierung“ und ruft zur Teilnahme an Protestveranstaltungen auf. So warb sie unter dem Motto „Bumke selber machen - Netzwerk Wohnraum für Alle“ für die Teilnahme an einer Protestveranstaltung am 09.10.2021 in Hannover. Dadurch versucht sie, Anschluss an den demokratischen Protest zu finden, um diesen für ihre Interessen zu instrumentalisieren.

Am 04.12.2021 demonstrierten etwa 50 Personen auf dem ehemaligen Bumke-Firmengelände gegen die künftige Nutzung des Geländes durch einen Investor. Im Verlauf der Veranstaltung drangen zehn Personen in das Bumke-Gebäude ein und besetzten es, um so gegen den „Investor ... und die weitere Gentrifizierung in unseren Stadtteilen zu protestieren“ wie es in einem am 07.12.2021 auf einem linksextremistischen Internetportal veröffentlichten Selbstbezihti-

gungsschreiben heißt. Als die Polizei eintraf und Rauchentwicklung aus dem Gebäude feststellte, räumte sie den Platz vor dem Gebäude, um den Weg für die Feuerwehr freizumachen. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstrierenden. Während vor dem Gebäude Barrikaden errichtet und Steine auf die Polizeibeamten geworfen wurden, verließen die Besetzer unerkannt das Gebäude. Vor der Lutherkirche wurde im Anschluss zu eine Spontandemonstration gegen Polizeigewalt durchgeführt, die aber friedlich verlief.

Wie umstritten die Rolle der IL gegenwärtig in der autonomen Szene zu sein scheint, verdeutlicht das Selbstbeziehungsschreiben. Dort heißt es:

„Die Besetzung war keine Aktion der IL-Hannover ... Einige Mitglieder waren zwar solidarisch, aber es kotzt einige Teilnehmer_innen ganz schön an, dass die IL so tut als hätte sie die Aktion durchgeführt.“

(Selbstbeziehungsschreiben der IL, veröffentlicht im Internet, 07.12.2021)

Kampf gegen den Militarismus

Antimilitaristen unterstellen der Bundesrepublik, von ihrer Staatsordnung, Gesellschaftsstruktur und Denkweise her militaristisch zu sein. Ihre Proteste richten sich deshalb vor allem gegen die Bundeswehr und gegen die mit ihr zusammenarbeitenden Unternehmen. Auch Linksextremisten sind in dem Themenfeld „Antimilitarismus“ aktiv. Im Gegensatz zu den nichtextremistischen Antimilitaristen zielen sie mit ihren Protesten und Aktionen über den eigentlichen Anlass hinaus auf die Überwindung des bestehenden politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Neben der im Wesentlichen von Angehörigen des nichtextremistischen Spektrums getragenen sogenannten Anti-Kriegs- bzw. Friedensbewegung reklamieren auch der parteipolitisch organisierte Linksextremismus und „Autonome“ – unter ausdrücklicher Einbeziehung für sie typischer militanter Aktionen – das Thema „Antimilitarismus“ für sich. Im Sinne der Militarismustheorie Karl Liebknechts, wonach das Militär im Kapitalismus dazu dient, „kapitalistische Expansionsbestrebungen“ gegenüber anderen Staaten durchzusetzen und im eigenen Land den Kapitalismus und dessen „Ausbeutungsstrukturen“ zu stabilisieren, sehen Linksextremisten in der Bundes-

wehr und dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO kriegführende Organe zur nationalen und internationalen Durchsetzung „kapitalistischer“ und „imperialistischer“ Interessen. Aus diesem Grund ist die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Ziele für die autonome Szene weiterhin von zentraler Bedeutung.

Aufgrund der andauernden Beschränkungen durch die Corona-Pandemie fanden 2021 kaum nennenswerte Aktionen im Themenfeld „Antimilitarismus“ statt. Weiterhin aktiv war das von der IL beeinflusste „Bündnis Rheinmetall entwaffnen“. Hatte es bereits im Jahr 2017 Blockadeaktionen gegen das Rüstungsunternehmen Rheinmetall im niedersächsischen Unterlüß (Landkreis Celle) durchgeführt, so rief es 2021 unter dem Motto „Für ein Ende der Gewalt. Keine Produktion für den Krieg. Waffenstopp sofort“ zu Blockadeaktionen beim Waffenhersteller „Heckler & Koch“ am 08.10.2021 in Oberndorf a. N. (Baden-Württemberg) auf. Wie in den Jahren zuvor bei den Protesten in Unterlüß, so haben sich auch 2021 niedersächsische Linksextremisten an den Protestaktionen beteiligt

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Vor dem Hintergrund des immer offensiveren Auftretens rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen wird der „Antifaschismus“ auch 2022 weiterhin im Mittelpunkt der Aktivitäten der autonomen Szene in Niedersachsen stehen. Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt, vor allem die steigenden Mieten und die Stadtteilumgestaltungen, aber auch die Übernahme des Immobilienunternehmens „Deutsche Wohnen“ durch den Wohnungskonzern „Vonovia“, in dessen Zuge das größte private Immobilienunternehmen Europas entsteht, lassen den Schluss zu, dass das Thema „Antigentrifizierung“ auch künftig einen verstärkten Anklang in der autonomen Szene finden wird. Auch in Niedersachsen muss deshalb mit weiteren Aktionen gerechnet werden. Aufgrund der andauernden Popularität der Klimaschutzbewegung wird der Klimaschutz weiterhin von großer Bedeutung vor allem für die postautonome Szene sein. Die Lage der Flüchtlinge in Deutschland und Europa, insbesondere ihre Situation im polnisch-belarussischen Grenzgebiet und ihre teilweise menschenunwürdige Unterbringung in Flüchtlingslagern wie im griechischen Moria, könnte dazu führen,

dass das Themenfeld „Antirassismus“ einen hohen Stellenwert in der autonomen Szene behält. Auch mit der Teilnahme von Linksextremisten an den Protesten gegen Waffenlieferungen an die Türkei und daran beteiligte Rüstungskonzerne ist, abhängig u. a. von der Entwicklung der Situation der Kurden in Nordsyrien und im Irak, zu rechnen.

Im Fokus des linksextremistischen Agierens werden weiterhin insbesondere die AfD und ihre Aktivitäten in Niedersachsen stehen. Die kontinuierliche Präsenz der AfD in der parteipolitischen Landschaft der Bundesrepublik dürfte die Autonomen darin bestärken, langfristig entschlossen gegen den aus ihrer Perspektive „faschistoiden“ demokratischen Rechtsstaat vorzugehen. Generell muss über das gesamte Jahr 2022 mit Übergriffen auf Informationsstände der AfD ebenso gerechnet werden, wie mit Versuchen, Veranstaltungen dieser Partei zu stören bzw. zu verhindern. Körperliche Übergriffe auf einzelne AfD-Funktionsträger sind dabei ebenso wahrscheinlich wie gezielte Anschläge auf deren Hab und Gut. Vor allem die am 09.10.2022 stattfindende Wahl zum 19. Niedersächsischen Landtag könnten vor diesem Hintergrund in den Blickpunkt von Linksextremisten geraten und zu einer verstärkten Auseinandersetzung zwischen Linksextremisten und der AfD führen. Der G7-Gipfel in Deutschland in 2022 könnte vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm und dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg auch in Niedersachsen mobilisierend wirken. Ebenfalls dürfte eine Verurteilung von Lina E. auch in Niedersachsen zu Resonanzstrafaten führen. Auch die Militärübung „DEFENDER-Europe 2022“, in deren Verlauf die USA die Verlegung eines Kampfverbandes nach Europa bzw. innerhalb Europas üben und bei der Deutschland vor allem als logistische Drehscheibe fungiert, könnte auf das Interesse auch von niedersächsischen Linksextremisten stoßen. Die linksextremistische Szene verübt auch in Niedersachsen kontinuierlich Gewalttaten. Deren Radikalisierung bewegt sich auf einem hohen Niveau, ohne dass dieses gegenwärtig erkennbar weiter ansteigt.

Für die weitere Entwicklung des Linksextremismus in Niedersachsen und der Bundesrepublik dürfte auch die Situation innerhalb der postautonomen Szene relevant sein. Sollten sich die Auflösungs-

scheinungen vor allem in der IL fortsetzen, so könnte das postautonome Projekt zumindest an seine Grenzen stoßen bzw. scheitern. Wie sich eine solche Entwicklung auf die Organisation und Durchführung von Protestaktionen der postautonomen Bündnisse, beispielsweise gegen den G7-Gipfel im bayerischen Elmau, auswirkt, bleibt abzuwarten.

Unklar bleiben auch im Jahre 2022 die weiteren Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Versammlungslage. Je nach Lage kann sie zur Absage von Veranstaltungen führen und somit auch weiterhin zur Einschränkung der linksextremistischen Aktivitäten führen.

3.5 Anarchisten

Sitz/Verbreitung	Mit Ausnahme der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU) existieren in Niedersachsen keine gefestigten anarchistischen Strukturen. Die FAU unterhält in Göttingen und Hannover einzelne Ortsgruppen, zudem existiert eine Jugendgruppe in Göttingen.
Mitglieder/Anhänger/ Sympathisanten	Niedersachsen: 35 ➔
Publikationen	„Gai Dao“ (Publikation der Föderation deutschsprachiger Anarchisten; monatlich) „Direkte Aktion“ (Onlinepublikation der FAU; unregelmäßig)
Finanzierung	Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Spenden sowie Solidaritätsveranstaltungen, bei der FAU auch Mitgliedsbeiträge
Kurzportrait/Ziele	Neben dem Kommunismus ist der Anarchismus der zweite grundlegende Ideologiestrang des Linksextremismus. Beide Strömungen setzen sich dafür ein, die bestehende Ordnung zu überwinden. „Anarchisten“ streben die unmittelbare Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung an, in der der Mensch von allen politischen, ökonomischen und kulturellen Zwängen befreit leben kann. Im Anarchismus nimmt die individuelle Freiheit den höchsten Stellenwert ein. Vor diesem Hintergrund negieren „Anarchisten“

sämtliche Hierarchie- und Herrschaftsformen. Zudem sprechen sie nicht nur dem Staat und seinen Institutionen, sondern ebenso der (sozialen) Marktwirtschaft jegliche Existenzberechtigung ab. Als kleinste Einheit des anarchistischen Zusammenlebens gilt die sogenannte Kommune, im ökonomischen Bereich wird die Gründung föderal strukturierter Genossenschaften und Syndikate angestrebt. Der Anarchismus ist aber keineswegs als geschlossener Theorieblock zu verstehen. Vielmehr verbergen sich hinter dem Begriff verschiedene Strömungen mit z. T. sehr unterschiedlichen Konzepten. Unter den niedersächsischen „Anarchisten“ ist der eher praxisorientierte Anarchosyndikalismus am stärksten vertreten.⁷⁵ Er entstand im 19. Jahrhundert und fußt auf der Idee revolutionärer Basisgewerkschaften. So orientiert sich z. B. die FAU an anarchosyndikalistischen Konzepten.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Gemeinsames Ziel aller anarchistischen Gruppierungen ist es, den Staat und seine Institutionen abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Hiermit richten sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und sind demnach verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Ereignisse und Entwicklungen

Zu einer der größten anarchosyndikalistischen Gruppierungen in Deutschland zählt die 1977 gegründete „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU). Sie ist eine bundesweite Föderation aus unabhängigen lokalen Einzel- und Branchengewerkschaften, sogenannten Syndikaten, und versteht sich als eine nach basisdemokratischen Prinzipien aufgebaute Gewerkschaft. Das „Allgemeine Syndikat der FAU Hannover“ (AS) ist die einzige gefestigte anarchistische Struktur in Niedersachsen. Sie ist Teil der Lokalföderation FAU Hannover, die wiederum Teil der bundesweiten FAU ist.

In den Grundsätzen des AS heißt es unter der Überschrift „Die neue Gesellschaft in der Schale der alten aufbauen“:

⁷⁵ Unter „Anarchosyndikalismus“ versteht man eine gewerkschaftliche Organisierung, die auf anarchistischen Prinzipien beruht. Der „Anarchosyndikalismus“ knüpft an die kollektiven, kommunistischen und solidarischen Varianten des Anarchismus an und überträgt diese auf die gewerkschaftliche Arbeit. Er will die Lohnabhängigen nach den Prinzipien von Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Solidarität organisieren.

„Eine Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft muss an deren Basis ansetzen und setzt Alternativen zu zentralistischen Staatsstrukturen voraus.“

(Internetseite der FAU, 08.11.2021)

Was das AS damit meint, verdeutlicht die FAU in ihrem Selbstverständnis:

„In diesem Sinne verfolgt das Allgemeine Syndikat der FAU Hannover eine sozialrevolutionäre Strategie. Wir zielen also auf eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse ‚von unten‘ ab.“

(Internetseite der FAU, 08.10.2020)

Die „Grundprinzipien des Syndikalismus“ konkretisiert die FAU u. a. in einem Grundlagentext, der ebenfalls auf der Internetseite der Organisation aufrufbar ist. In den beiden Kapiteln „Grundsätze und Ziele“ sowie „Kritik der bestehenden Verhältnisse“ hält die FAU für ihre Arbeit fest:

*„Wir streben die Überwindung des Kapitalismus an. ...
Wir beziehen uns [dabei] auf die Ideen des Anarchosyndikalismus. ...
Kapitalismus ist kein Naturgesetz, sondern lediglich ein von Menschen geschaffenes Verhältnis, das durch kollektives Handeln der Arbeitenden aufgehoben werden kann.“*

(Internetseite der FAU, 14.10.2020)

Ihr erklärtes Ziel ist es,

„... eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf kollektiver Selbstverwaltung basiert ...“

(Internetseite der FAU, 08.10.2020)

zu errichten.

In der Praxis bedeutet dieses, dass die FAU „eine libertäre, klassenlose Gesellschaft“ anstrebt, wie sie ebenfalls auf ihrer Internetseite ausführt. Der von der FAU angestrebte Systemwechsel soll dabei von basisdemokratisch strukturierten Lokal- und Betriebsgruppen organisiert werden, die unter Rückgriff auf direkte und z. T. auch militante Aktionsformen, wie z. B. Fabrikbesetzungen, Streiks und Sabotageaktionen, vor Ort agieren sollen.

Im Rahmen ihrer Gewerkschaftsarbeit setzt sich die FAU für bessere Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein. Sie unterstützt sie in prekären Situationen und stellt juristische Hilfe bereit. Mit ihrem Engagement für Gewerkschaftsbelange und ihren Solidarisierungsbekundungen mit streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern versucht die FAU aber immer auch anschlussfähig an demokratische Organisationen zu werden. Zugleich möchte sie auf diesem Wege neue Mitglieder für ihre über diese Themen hinausgehenden systemablehnenden Ziele gewinnen. So engagierte sie sich 2021 bundesweit als auch in Niedersachsen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei zwei Lebensmittel-Lieferdiensten. In diesem Zusammenhang führte sie am 13.08.2021 am Schillerdenkmal in Hannover eine Protestversammlung durch.

Neben einer Ortsgruppe in Hannover gibt es seit September 2017 auch eine FAU-Ortsgruppe und eine FAU-Jugendgruppe in Göttingen. Zudem ist die FAU seit 2017 international wieder stärker vernetzt. Nachdem sie nach langjähriger Mitgliedschaft im Dezember 2016 aus der „Internationalen ArbeiterInnen Assoziation“ (IAA) ausgeschlossen wurde, beteiligte sich die Gewerkschaft an mehreren Konferenzen zur Gründung eines neuen internationalen Zusammenschlusses anarchosyndikalistischer Organisationen.

Weiterhin besteht in Göttingen seit Anfang 2010 die der FAU nahestehende „Anarcho-syndikalistische Jugendorganisation“ (ASJ). Sie ist Mitglied in der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen, einem „Zusammenschluss anarchistischer Gruppen, Föderationen, Projekten und Einzelpersonen aus dem deutschsprachigen Raum.“ Auf ihrer Internetseite beschreibt sie sich wie folgt:

„Anarchistischen und syndikalistischen Ideen verbunden, streben wir eine herrschaftsfreie und selbstverwaltete Gesellschaft an.“

(Internetseite der ASJ Göttingen, 14.10.2020)

Die ASJ organisiert in Göttingen regelmäßig öffentliche Abende und beteiligt sich an von Linksextremisten (mit-) initiierten Demonstrationen und Kundgebungen, so auch im Jahr 2021. Neben der ASJ Göttingen agieren im Bundesgebiet noch mindestens drei weitere Jugendorganisationen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Im Vergleich zu den autonomen bzw. postautonomen Gruppierungen sind anarchistische Organisationen generell von nachrangiger Bedeutung. Allein aufgrund ihrer theoretischen Zersplitterung dürfte sich daran auch künftig kaum etwas ändern. Der Anarchosyndikalismus wird auch im Jahr 2022 der am stärksten wahrnehmbare Teil des anarchistischen Spektrums in Deutschland und Niedersachsen bleiben.